15. Jahrg. / Nr. 125 / Preis für Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Berlin, Donnerstag, 9. Juni 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Beroline 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postsched: Berlin NW 27 979.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Expedition G. m. b. H., Berlin, Kurfürst 1825/26. Schluß der Inseraten-annahme: 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2.60 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug ausschl. Bestellgeld 2.60 M.; Streifband im Inland 4.20 M.; n. d. Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorganis. u. Familienanzeigen 2gesp. Millimeterzeile 2,50 M. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftswort 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 50 Pf.

Die Sowjets in der Welt voran! Morgen die große Sondernummer der „Illustriert. Roten Post". Jeder kauft, jeder wirbt! — 15 Pf.

Notverordnungsflut!

Papen-Regierung und Severing-Hirtsiefer verschlimmern die Not des Volkes

Unerhörte Lohn- und Gehaltskürzung — Erwerbslosenunterstützung soll auf Wohlfahrts-Niveau gesenkt werden — Nazis tragen volle Verantwortung für Reichs-Notverordnung — Entfesselt den Massenkampf der Antifaschistischen Aktion!

Der Sturmangriff der Schleicher-Papen-Regierung auf die Betriebsbelegschaften und die Millionen Arbeitslosen beginnt. Zur Stunde berät das Reichskabinett über die Notverordnungen, die am Montag oder Dienstag erlassen werden. Die Einzelheiten, die darüber durchsickern, verraten ungeheuerliche Pläne. Ihr sollt noch mehr hungern!

Der Kreuzzug gegen die Belegschaften beginnt mit der Beschäftigtensteuer, die für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten nichts als ein Lohn- und Gehaltsabbau ist. Sie wird entweder 1 oder 1,5 Prozent betragen. Aber es bleibt nicht dabei. Die Verdoppelung der Bürgersteuer wird kommen und damit ein neuer Abzug vom Lohn und Gehalt.

Was die Kürzung der Arbeitslosen-Bezüge anbetrifft, so soll sie noch weitergehen als schon die Brüning-Regierung es plante. Den Kapitalisten, ihren Generalen und Freiherren ist das, was die Erwerbslosen haben, noch zuviel. Der Kurs ihres Kabinetts geht dahin, die Arbeitslosenunterstützung auf das Hungerniveau der Wohlfahrt herunterzupressen. Die neue Notverordnung wird in dieser Richtung schärfsten Abbau verfügen.

Den Aermsten der Armen wird noch die Margarine vom Brot und die Hälfte des trockenen Brotes dazu genommen. Für das Arbeiterkind wird das Liter Milch wöchentlich zum unerschwinglichen Luxus werden. Das macht die Regierung der SA.-Wiedergeburt. Das bringen die Schleicher und Papen fertig, die von den Naziführern Lob ernten.

Wir werden der Hitlerbande nicht erlauben, die Verantwortung für das, was an sozialreaktionären Maßnahmen geschieht, von Schleicher und Papen abzuwälzen. Wenn der „Völkische Beobachter" gestern schreibt:

„In dieser Reichstagswahl kann nicht abgeurteilt werden über die Taten einer Regierung, deren Arbeit kaum begonnen hat",

so werden die Hitler-Goebbels sich gewaltig täuschen. Ja, die Regierung beginnt ihre Arbeit erst, aber sie beginnt schon mit tollen Hungermaßnahmen, während die Millionäre weiter im Luxus schwelgen können. Gerade über die Taten dieser Regierung muß und wird abgeurteilt werden (wobei wir Brünings und der SPD. Sündenkonten nicht vergessen werden). Und nichts wird den Nazis geschenkt. Sie tragen für jede einzelne Maßnahme des Adel-Kabinetts die volle Verantwortung.

Inzwischen appelliert der „Vorwärts" an — Hindenburg gegen Papen!! Wir appellieren an die Arbeiter. Sie müssen der faschistischen Offensive der Bourgeoisie kühne Kämpfe, Einzel- und Teilkämpfe bis zur Entfachung politischer Streiks und Massenkämpfe, entgegensetzen. Sie gebietet es die Situation. Sie müssen die rote Einheitsfront nicht nur in Entschließungen fordern, sondern in der Tat herstellen. So gilt es zu handeln, um den Feind zu schlagen.

5 Prozent Gehaltskürzung, Fleischverteuerung und Wohlfahrtsabbau

Der Inhalt der preußischen Notverordnung

Der preußische Finanzminister Klepper machte gestern in einer Pressekonferenz Mitteilung über die Bestimmungen der neuen preußischen Notverordnung. Danach werden die Unterstützungen der Gemeinden für hilfsbedürftige Mieter mit Zuschüssen der Regierung weiterhin eingeschränkt. Erhielten bisher Wohlfahrtsunterstützte mit einem Existenzminimum von 1200 Mark derartige Zuschüsse, so ist jetzt das Existenzminimum, das zum Empfang der Vergünstigungen berechtigt, auf 700 bis 800 Mark heruntergesetzt worden.

Außerdem wird die neue Notverordnung die Einführung der Schlachtsteuer ab 1. Juli diktieren. Sie trifft, da sie abgewälzt werden kann und wird, natürlich nur die Verbraucher in den Städten und wird so das Fleisch in den proletarischen Haushalten noch rarer machen.

Die skandalöseste Bestimmung der neuen Notverordnung ist jedoch die Gehaltskürzung für alle preußischen Beamten und Angestellten von 2,5 bis 5 Prozent. Den Beamten mit Frau und Kind werden 2,5, den kinderlosen und unverheirateten Beamten 5 Prozent abgezogen. Von der Vertröstung, daß diese Abzüge vom 1. Juli 1937 (!!) nachbezahlt werden sollen, können sich die unteren Beamten und Angestellten nichts kaufen. Ihnen bleibt nur das erbitternde Gefühl, daß man ihnen, die das viel schwerer trifft, denselben Prozentsatz nimmt wie der hohen Bürokratie.

Das preußische Koalitionskabinett der SPD. trifft seine Maßnahmen gegen genau dieselben unteren Schichten wie die Papenregierung. Beide lassen die Millionäre ungeschoren.

Gerüstet zu neuen und höheren Aufgaben!

Reichstagung der Spitzenfunktionäre der KPD.

Vom Zentralkomitee der KPD. wird uns geschrieben:

Gestern traten in Berlin im Karl-Liebknecht-Haus die Bezirkssekretäre und leitenden Redakteure der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen, um Stellung zu nehmen zu der durch den Sturz Brünings und die Bildung der Papenregierung geschaffenen Lage. Die ernste Tagung stand im Zeichen der völligen Einheitlichkeit der Partei auf der Linie der in den letzten Sitzungen des Zentralkomitees gefaßten Beschlüsse und zeigte die umfassende Konzentration der Parteikräfte auf die Steigerung der Voraussetzungen revolutionärer Aktionen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion.

Genosse Ernst Thälmann erstattete ein ausführliches Referat über die Analyse der Lage und die weiteren Perspektiven der Entwicklung in Deutschland. Er kennzeichnete den Sturz der Brüningregierung und die Einsetzung der Papenregierung als Beweis der weiteren Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze in Deutschland. Die Einsetzung der Papenregierung durch das Finanzkapital zeigt die Bestrebungen der Bourgeoisie, angesichts des drohenden Bankrotts der Staatsfinanzen und des Zusammenbruchs der Subventionierungspolitik mit verschärften faschistischen Diktaturmaßnahmen den Bestand der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland zu sichern und zu verteidigen. Der in der Zusammensetzung der Papenregierung zum Ausdruck kommende Einfluß der ostelbischen Junkerkreise, zeigt den erzreaktionären Charakter der neuen Regierung, der durch die Brüningregierung und die Tolerierungspolitik der SPD. der Boden bereitet wurde. Genosse Thälmann wies darauf hin, daß der Triumph des Ostelbiertums in der Papenregierung zu einer Verschärfung der Auseinandersetzungen auch im Lager der herrschenden Klasse selber führen muß. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die gegenwärtige Oppositionsstellung der Zentrumspartei nicht nur ein großes Wahlmanöver zur Verschleierung der Vorbereitung einer offenen Koalition zwischen Zentrum und Nazis, sondern auch der Ausdruck einer gewissen Unzufriedenheit bestimmter Teile der Bourgeoisie mit den übertriebenen Forderungen der mit hunderten Millionen Mark aus den Steuergeldern der Armen gemästeten Großagrarier.

Genosse Thälmann legte ausführlich dar, daß der Uebergang der Bourgeoisie zu brutaleren, offen faschistischen Methoden mit Hilfe der Nazis bei der Ausübung ihrer Klassenherrschaft keineswegs so aufgefaßt werden könne, als ob die Nazis in jeder Beziehung einfach an die Stelle der SPD. treten. Die in der weitergehenden Ausschaltung der SPD. bei der Durchführung der Regierungsgeschäfte zum Ausdruck kommende Umdisponierung der Kräfte der Bourgeoisie ändert nichts an der Tatsache, daß die Politik der Sozialdemokratie es ist, die nach wie vor entscheidende Schichten der Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abhält. Die SPD. ist nach wie vor die sozials Hauptstütze der Bourgeoisie, wobei die reformistische Beeinflussung der über vier Millionen Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften eine in der bisherigen Politik unserer Partei und der RGO. viel zu wenig beachtete Rolle spielt. Mit allem Nachdruck wurde die Tatsache unterstrichen, daß auch die Papenregierung genau wie die gestürzte Brüningregierung nur existieren kann mit Hilfe der Sozialdemokratie und des ADGB.

Genosse Thälmann erinnerte an den Ausspruch des ADGB.-Führers Leipart, der einmal gesagt hat, daß gegen den Willen der Gewerkschaften sich keine Regierung in Deutschland auch nur 24 Stunden halten könne. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, die kampfgewillt sind gegen die reaktionäre Papenregierung, erkennen daran, daß die SPD.- und ADGB.-Führer gar nicht daran denken, den wirklichen Kampf gegen die Papen-Schleicher-Regierung zu organisieren. Es ist einzig und allein die Kommunistische Partei, die gemeinsam mit der RGO. und anderen revolutionären Massenorganisationen mit aller Energie von unten her den Massenwiderstand gegen die

1500 Breslauer Arbeiter bilden roten Massenselbstschutz

Massenkundgebung der Antifaschistischen Aktion — Naziprovokationen abgewehrt

Breslau, 8. Juni. Im Zirkus Busch fand eine gewaltige Massenkundgebung von 3500 Breslauer Arbeitern und Werktätigen statt, an der außerordentlich viele Arbeiter der SPD. und SAP. teilnahmen. Ein Referent des provisorischen Kampfausschusses von Breslau, Genosse Sandtner, für die KPD. und Cästein für die SAP. sprachen zu den Massen. Trotz radikaler Redensarten stieß der SAP.-Redner auf Ablehnung. Am Schluß der Kundgebung zeichneten sich 1500 Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit in die Listen für den antifaschistischen Massenselbstschutz ein.

Nach der Versammlung bildeten sich spontane Demonstrationen gegen die Nazis. An einer Stelle stand ein SA.-Mordtrupp im Hinterhalt und stürzte sich heimtückisch und feige auf einige Arbeiter. Aber die Nazis wurden von den Arbeitern verjagt. Anschließend demonstrierten die Arbeiter vor dem Gaubüro der Nazis. Eine prachtvolle antifaschistische Kampfstimmung beherrschte die Massen.

Hamburg, 8. Juni. In Wilhelmsburg bei Hamburg waren zu einer Massenkundgebung gegen den imperialistischen Krieg, außerordentlich viele Arbeiter aller Richtungen erschienen. In der Diskussion erklärten die Arbeiter immer wieder ihre Bereitschaft, die Sowjetunion selbst unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. 106 Arbeiter erklärten ihren Eintritt in das revolutionäre Antikriegskomitee.

1,5 Millionen Arbeitslose mehr als im Juni 1931

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai verringerte sich in dieser Zeit, dem Höhepunkt der Saisonkonjunktur, die Zahl der Arbeitslosen im Reich um nur 92 000. Damit beträgt die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen im Mai 5 583 000, das sind 1½ Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Bezeichnenderweise hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nicht ab-, sondern zugenommen. Sie ist gegenüber Ende April um 67 000 auf 2 088 000 gestiegen.

reaktionäre Papenregierung organisiert durch die Schaffung der roten Einheitsfront in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land.

Im Klasseninhalt der Politik der SPD. hat sich nicht das geringste geändert. Es ändern sich aber die Formen und Methoden der Betrugsmanöver, mit denen die SPD.- und ADGB.-Führer die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten versuchen. Der Sturz der Brüningregierung und die immer offenere Einsetzung der faschistischen Massenpartei, der NSDAP., als Stütze der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft bedeutet deshalb für die Kommunistische Partei unter keinen Umständen die Aenderung ihrer revolutionären Strategie, sondern umgekehrt: die Verschärfung des faschistischen Terrors in den Regierungsmethoden der Bourgeoisie zwingt die revolutionäre Partei des Proletariats, mit um so stärkerer Energie den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen zur Loslösung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiter von den sozialfaschistischen Führern zur Stärkung der antifaschistischen Massenfront.

Den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie praktisch führen, das bedeutet aber im antifaschistischen Massenkampf, im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen faschistischen Arbeitsdienst und Nazi-Mordterror, gegen die gesamte Hunger- und Kriegspolitik der Bourgeoisie vorzugehen und die gemeinsame Kampffront der revolutionären Arbeiter mit den sozialdemokratischen, den freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeitern zu schaffen. Die Partei muß deshalb von oben bis unten in kürzester Frist die Hemmungen überwinden, die der umfassenden Anwendung der revolutionären Einheitsfrontpolitik als des wichtigsten Mittels zur Eroberung der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse zum Kampf um die politische Macht entgegenstehen. Genosse Thälmann wies hin auf die Stellungnahme und Beschlüsse der Tagung des Reichskomitees der RGO., die zu einer Wendung in diesem Sinne auf dem Gebiet der innergewerkschaftlichen Arbeit und der revolutionären Gewerkschaftspolitik Deutschlands überhaupt führen müssen.

Die unmittelbare Bindung der Hitlerpartei an die Papenregierung zeigt nach der Beendigung der Brüning-Aera eine andere Verwendung der NSDAP. als Bestandteil des Herrschaftssystems der Bourgeoisie. Je mehr die herrschende Klasse zur Methode der faschistischen Gewalt als Hauptmittel der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft übergeht, desto offener wird die Hitlerpartei als kapitalistische Regierungspartei eingesetzt. Der faschistische Terror, der bereits unter der Brüningregierung ein unentbehrlicher Bestandteil zur Durchführung der Notverordnungsdiktatur war, soll offen legalisiert, die SA. und SS. zur faschistischen Miliz der Papen-Schleicher-Hindenburg-Regierung gemacht werden.

Das Programm der Papenregierung besteht darin, unmittelbar gestützt auf die faschistischen Terrororganisationen und unter Ausnutzung des reformistischen Einflusses auf entscheidende Arbeiterschichten, einen ungeheuerlich verschärften Hunger- und Gewaltkurs gegen die werktätigen Massen durchzuführen. Das Bestreben jeder faschistischen Diktatur ist darauf gerichtet, den proletarischen Widerstand gegen die Hungerpolitik der Bourgeoisie zu brechen und setzt sich deshalb die Zerschmetterung der proletarischen Klassenorganisationen zum Ziel. Die Papenregierung ist bestrebt, als eine Regierung, die weitere Voraussetzungen zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur schaffen will, neue verschärfte Terror- und Verbotsmaßnahmen gegen die revolutionären Massenorganisationen durchzuführen.

Genosse Thälmann rief die Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft zur äußersten Aktivität und Wachsamkeit auf. Die Entfaltung breiter Massenkämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei, die tiefere Verwurzelung der Partei, des Jugendverbandes und der revolutionären Organisationen in den Massen ist der beste Kampf zur Verteidigung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Jugend, der einzige Weg, um die Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu durchkreuzen und nach Möglichkeit unwirksam zu machen.

Im Interesse der Entfaltung und der Steigerung unseres antifaschistischen Massenkampfes unterstrich Genosse Thälmann erneut die Stellungnahme der Partei gegen alle Tendenzen des individuellen Terrors, die gerade in der gegenwärtigen Periode verstärkter Provokationen seitens des Klassenfeindes auf das allerschärfste bekämpft werden müssen. Maßnahmen des individuellen Terrors würden nur der Bourgeoisie die Durchführung ihrer Politik erleichtern und die Entfaltung des Massenwiderstandes, der sich in der Bildung des roten Massenselbstschutzes in Stadt und Land, in zahlreichen Hungerdemonstrationen und anderen Massenaktionen bereits ankündigt, hemmen.

Der vor uns liegende Reichstagswahlkampf ist für uns ein Bestandteil der großen Antifaschistischen Aktion, die wir eingeleitet haben. Es bedeutet keine parlamentarische Einstellung, wenn wir unterstreichen, daß von der Durchführung und dem Ausgang dieses Reichstagswahlkampfes außerordentlich viel abhängt. Wir müssen alle Kräfte darauf konzentrieren, daß wir durch eine Steigerung der außerparlamentarischen Aktivität in der Antifaschistischen Aktion einen Erfolg für die Partei auch bei den Reichstagswahlen erringen. Wir heben dadurch das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse und verbessern die Voraussetzungen für größere außerparlamentarische Massenkämpfe. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Antifaschistische Aktion rasch zu einer kampfentschlossenen Millionenbewegung unter Führung der KPD. zu machen. Genosse Thälmann legte ausführlich den Plan der nächsten Abschnitte der Antifaschistischen Aktion, die Vorbereitung und Durchführung der großen Antifaschistischen Kampfwoche vom 10. bis 17. Juli, die bereits höhere Formen der Massenaktivität zeigen muß, dar.

Die Durchführung der Antifaschistischen Aktion bedeutet die Organisierung des breitesten Massenkampfes der roten Einheitsfront gegen die Papenregierung, gegen die faschistischen Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie, gegen die Hungeroffensive des Unternehmertums unter strategischer Orientierung auf die Großbetriebe und unter stärkerer Konzentration auf die Arbeit unter dem Millionenheer der Erwerbslosen. Es müssen als Einheitsorgane des antifaschistischen Massenkampfes überall Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion gebildet werden, die die politischen Träger dieser großen Millionenbewegung unter unserer Führung sind.

Wir müssen in der Antifaschistischen Aktion mit der Massenkraft des Proletariats und unter Mobilisierung breitester werktätiger Schichten den Hitlerfaschismus zurückschlagen. Wir müssen die Politik der Papenregierung und der NSDAP. entlarven als eine Versailler Politik des Bündnisses der deutschen Ausbeuter mit dem französisch-polnischen Imperialismus gegen das Land des Sozialismus, die Sowjetunion. Wir müssen den tiefen nationalen und sozialen Verrat der NSDAP., die volle Verantwortung der Hitler, Straßer und Co. für die doppelte Ausbeutung des deutschen werktätigen Volkes durch das internationale und deutsche Finanzkapital anprangern. Wir werden dadurch vor allem die von den Nazis beeinflußten Massen der Angestellten, die einem sozialen Druck ohnegleichen ausgesetzt sind, für ihre eigenen Forderungen mobilisieren und neue Kader in unsere revolutionäre Freiheitsarmee einreihen.

Wir müssen die Betrugsmanöver der Sozialdemokratie, die Scheinopposition der SPD. und des Zentrums gegen Papen und Schleicher unermüdlich entlarven und bekämpfen. Wir müssen zeigen, daß die Politik der Sozialdemokratie Schritt für Schritt den Boden bereitet hat für die Hoffnungen der Faschisten auf baldige Errichtung ihrer kommenden Diktatur. Durch die Entfesselung von Massenkämpfen, durch das unerschrockene Eintreten für die Rechte und Forderungen des Proletariats und aller werktätigen Volksschichten in Stadt und Land, insbesondere der Angestelltenschichten, des notleidenden Mittelstandes und der werktätigen Bauernmassen, werden wir das **Vertrauen zur Kommunistischen Partei steigern und die Voraussetzungen schaffen, für die Heranführung immer breiterer Massen an revolutionäre Aktionen und Kämpfe.**

Genosse Thälmann stellte mit allem Ernst die Frage der Verbesserung unserer Agitation und Propaganda und insbesondere unserer revolutionären Pressearbeit. Unsere Presse ist gegenwärtig — mit wenigen Ausnahmen — unfähig, die revolutionäre Massensprache zu finden, die unserem Programm, die der Stimmung der Massen, die den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die unseren großen revolutionären Perspektiven entspricht. Die Reorganisationsmaßnahmen, die das Zentralkomitee nunmehr durchführt in der Richtung der Verbesserung unserer Presse und der stärkeren Heranziehung von Arbeiterkorrespondenten und Betriebsarbeitern, müssen hier Wandel schaffen. Wir brauchen eine wirkliche Wendung zur Massenarbeit auch auf dem Gebiet der Presse.

Genosse Thälmann unterstrich, daß unsere gesamte antifaschistische Kampagne auf das engste mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg verbunden werden muß. Die Kriegshetze der Hitlerfaschisten gegen die Sowjetunion, die pro-französisch-polnische Orientierung der Papenregierung erfordern von uns die stärkste Massenmobilisierung und die Steigerung des antiimperialistischen Kampfes zur kraftvollen Durchführung des 1. August als Kampftag gegen den imperialistischen Krieg für die Verteidigung der Sowjetunion.

Zum Schluß unterstrich Genosse Thälmann die Bedeutung der Tatsache, daß in dem letzten Aufruf des Zentralkomitees die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufgestellt wurde. Wir stellen die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung nicht als Aktionslosung, da wir keine scheinrevolutionären Ueberschätzungen der gegenwärtigen Lage zulassen. Für uns bedeutet die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung die propagandistische Aufrollung des Endzieles des proletarischen Klassenkampfes gegen die Form der bürgerlichen Diktatur. Wir setzen der Politik des Kabinetts der Junker, Freiherren und Barone, der Industriekapitäne und Generale den Massenkampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise, für die proletarische Diktatur entgegen. Denn die Losung Arbeiter- und Bauernregierung ist nichts anderes als eine konkrete, den Massen in der gegenwärtigen Situation verständlichere Bezeichnung der Diktatur des Proletariats.

Millionengeschenk für Farbentrust und Junker

Benzin-Monopol von der Papen-Diktatur geplant — Teurer Absatz des Kartoffelsprits

Schon seit Jahren drängt der IG.-Farbentrust darauf, daß für Deutschland ein Benzinmonopol geschaffen wird. Durch dieses Monopol, das natürlich mit einem Einfuhrverbot für alles nicht dem Monopol unterworfene Benzin verbunden wäre, will der Farbentrust zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen! Das künstlich hergestellte Leuna-Benzin soll den Innenmarkt beherrschen und außerdem soll ein starker Schlag gegen die Einfuhr von russischem Petroleum geführt werden.

Nunmehr scheint die Papen-Diktatur das Benzinmonopol tatsächlich durchführen zu wollen. Gleichzeitig damit wird ein neues Millionengeschenk für die bankrotten Großagrarier vorbereitet. Danach soll der Sprit-Bezugszwang für alle Benzinverkäufer von 6 auf 10 Prozent heraufgesetzt werden. Da der Spritpreis nicht gesenkt wird, bedeutet dies eine Verteuerung des Benzins von 2 Pfennig pro Liter.

Beide Pläne sind nichts anderes, als neue Millionengeschenke an die Farbenkönige und Großagrarier. Ein Musterbeispiel, wie die von den Nazis tolerierte Papen-Diktatur sich „an die Armut des Volkes anpaßt"!

Rote Einheitsfront im Werftarbeiterstreik

Reformistische Streikbrecherpolitik in Vegesack — SD.-Landrat setzt Polizei ein

Bremen, 8. Juni. (Eig. Bericht.) Der Werftarbeiterstreik auf der Vulkanwerft in Vegesack dauert heute den dritten Tag. Von der rund 1300 Mann starken Belegschaft stehen etwa 1000 Mann im Streik.

Die reformistische „Streikleitung", die nicht von den Werftarbeitern gewählt, sondern von den DMV.-Instanzen eingesetzt worden ist, betreibt bewußte Streikbrecherpolitik. Die Reformisten haben angeordnet, daß die Meister, die Lehrlinge, die Arbeiter der fremden Firmen und eine Sicherheitswache zur Inganghaltung der Feuer weiter auf der Werft arbeiten. Das sind etwa 300 Mann. Für diese Streikbrucharbeiten sind von der reformistischen Streikbruchleitung gedruckte Streikbrecherausweise ausgegeben worden, ein Beweis, daß die Gewerkschaftsinstanzen den Streikbruch schon lange vorher vorbereitet hatten.

Die Werftarbeiterschaft befindet sich in starker Erregung über diese Streikbrecherpolitik der Reformisten. Gestern fand im Aumunder Sporthaus eine gut besuchte Streikversammlung statt, die von der RGO. einberufen war. Die Versammlung wählte eine Streikleitung aus zwanzig Kollegen, in der alle Branchen vertreten sind, und die die Aufgabe hat, die einheitliche Streikführung zu sichern und den Kampf zu einem hundertprozentigen zu erweitern. Die Streikenden nahmen in einer Protestentschließung scharf gegen den sozialdemokratischen Landrat Christians Stellung, der die Polizei gegen die Massenstreikposten mobilisiert hat.

Auch die Erwerbslosen stehen solidarisch mit den Streikenden. Die revolutionären Werftarbeiter setzen alle Kräfte ein, die gesamte Werftarbeiterschaft in roter Einheitsfront zum Kampf gegen das lohnräuberische Unternehmertum und den Faschismus zusammenzufassen.

SA. mit Reichswehrmütze (braun)

Die Hitler- und Hugenbergblätter verkünden in großer Aufmachung, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, damit die SA. nach Aufhebung des Verbots sofort feldmarschmäßig in vollständig neuer Uniform eingekleidet aufmarschieren kann. Die neue Uniform ist selbstverständlich ganz militärisch zugeschnitten Der Charakter einer faschistischen Miliz wird noch viel deutlicher zur Schau getragen. Am interessantesten ist an der neuen Uniform, daß die SA. in Zukunft Reichswehrmützen, allerdings in braun, trägt.

Die neue Uniform für die SA. kostet mehrere Millionen Mark. Die Gelder der großen Ausbeuter, der Finanz- und Stahlkönige scheinen also reichlich in die Taschen der Landsknechte zu fließen! Naziarbeitslose hungern, aber für neue Uniformen werden Millionen ausgegeben!

Zentrum will den „Kampf weiterführen" — gegen links

Während die christlichen Gewerkschaften soeben in großen Tönen gegen „die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung Schleicher-Papen" aufrufen, reden die Verfasser dieser Entschließung auf der gestrigen Tagung des Zentrumsvorstandes eine ganz andere, viel mildere Sprache.

Die Referate der Kaas und Joos und die abschließend angenommene Resolution atmen den Geist des Kompromisses und der, wenn auch vielleicht nicht vor den Wahlen kommenden Verständigung des Zentrums mit dem Junkerkabinett. Darauf deutet vor allem der Satz in der Entschließung hin:

„Da die Lebenskraft der deutschen Kultur stets durch die Wirkungsmöglichkeit christlicher Lebensgrundsätze bestimmt wird, wird die Zentrumspartei auch den von der Regierung Brüning eingeleiteten Kampf gegen Verbände und Bewegungen, die das christlich-religiöse Erbgut des deutschen Volkes unterminieren, weiterführen.

So ähnlich sagen es Schleicher und Papen auch. Und mit dieser zentrümlich-reaktionären Gesellschaft sieht die SPD. im Bunde.

Marxismus schlägt Nazis

Erfolgreiche Versammlung in Oranienburg

Das Einheitskomitee der sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter in Oranienburg hatte zu Dienstag eine öffentliche Kundgebung einberufen, zu der die Nazis eingeladen waren. Die Kundgebung wies eine Massenbeteiligung auf. Die 200 erschienenen Nazis, die vor Beginn der Versammlung als erste den Saal besetzen wollten, mußten infolge der guten Disziplin der SPD.- und KPD.-Arbeiter sowie der Reichsbanner- und Kampfbundkameraden auf jeden Störungsversuch verzichten.

Die Auseinandersetzung zwischen dem Kameraden Schlaffer und dem Nazi-Abgeordneten Hermann wurde zu einer vernichtenden Niederlage der Nazis. Die SA.-Leute folgten gespannt den marxistischen Argumenten des Kameraden Schlaffer.

In der glänzend verlaufenen Versammlung wurden 25 Aufnahmen für den Kampfbund gemacht und mit den Stimmen aller anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter beschlossen, im ganzen Ort die Registrierung aller antifaschistischen Werktätigen für den roten Massenselbstschutz durchzuführen.

Siemens-Delegierter zum Antikriegskongreß gewählt

Genosse Münzenberg vor den Siemensarbeitern

Nach Betriebsschluß fand gestern in Weidners Festsälen, Siemensstadt, eine Kundgebung der Arbeiterschaft des Siemens-Konzerns statt, die in einem Bekenntnis zur roten Einheitsfront und zur Sowjetunion ausklang. Unter starkem Beifall sprach Genosse Münzenberg, der eine Abrechnung mit den Nazis und den SPD.-Führern hielt, die in Theorie und Praxis die Losung des „Rauslassens der Nazis" aufstellten.

Trotzdem die Nazis und die reformistischen Betriebsräte eingeladen waren, zogen sie es vor, zu kneifen, anstatt sich zu stellen. Schließlich wurde ein Arbeiter aus dem Schaltwerk als Delegierter zum Antikriegskongreß in Genf gewählt

Wo ist der Polizeibeamte Oldenstädt geblieben?

Wegen „Nervenzusammenbruch" krankgeschrieben und verschwunden — Unsere Anklagen bestätigt

Wie wir erfahren, ist der Polizeibeamte Oldenstädt, der im Felseneck-Prozeß einen offenkundigen Falscheid leistete, seit gestern nicht aufzufinden. Oldenstädt hat angeblich nach seiner Vernehmung einen „Nervenzusammenbruch" erlitten und sich krankschreiben lassen. Als gestern das Gerücht eines Selbstmordes auftauchte, begaben sich Polizeibeamte zur Wohnung Oldenstädts, die sie aber verschlossen vorfanden. Auch in einer Laubenkolonie, wo sich Oldenstädt bei seinen Schwiegereltern aufhalten sollte, wurde er bis jetzt noch nicht ermittelt.

Es ist völlig ungeklärt, ob Oldenstädt geflüchtet ist oder ob er Selbstmord verübt hat. In jedem Fall ist die restlose Aufklärung des nationalsozialistischen Mordüberfalls auf Felseneck gefährdet. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft trifft dafür die volle Verantwortung. Es ist unterlassen worden, Oldenstädt, gegen den sich die Verdächtigungen von Verhandlung zu Verhandlung gehäuft haben, zu verhaften.

Die kommunistischen Anklagen gegen ihn wie gegen den Nazi Grewen werden durch alle diese Vorfälle mehr und mehr bestätigt. Fest steht, daß Oldenstädt über die Vorfälle in der Kolonie Felseneck mehr verschwiegen hat, als er bisher gesagt hat. Seine eigenen Aussagen, wie sein Verhalten jetzt, nachdem sich die Situation immer mehr gegen ihn zuspitzt, zeigen seine grenzenlose Furcht vor den Enthüllungen, die den Mörder unseres Genossen Klemke und die Helfershelfer finden lassen.

Der Polizeibeamte Oldenstädt, der dem SA.-Banditen Grewen nach seiner eigenen Aussage die Dienstpistole in die Hand gab, von dem Zeugen behaupten, er hätte sich zu Bewohnern des Hauses Berner Straße 29 geäußert,

der Tod Klemkes lasse ihm keine Ruhe mehr, er fürchte, seinen Uniformrock ausziehen zu müssen, dieser Oldenstädt gehört ins Zuchthaus.

Doch was tun Polizei und Staatsanwaltschaft, die gegen revolutionäre Arbeiter und Antifaschisten anders vorzugehen pflegen? Der Staatsanwalt Steenig bemüht sich im Felseneck-Prozeß krampfhaft, die Unschuld Grewens und Oldenstädts nachzuweisen. Von der Polizei Grzesinskis ist noch nicht einmal von einem Disziplinarverfahren gegen den meineidigen Oldenstädt etwas bekannt.

Es sollte nicht verwundern, wenn genau wie in den anderen Prozessen gegen den Sturm 33 die Mörder und die Anstifter nicht ermittelt werden oder längst über alle Berge sind, wenn ihre Schuld endlich vom Gericht erkannt wird.

Die Vorfälle im Felseneck-Prozeß sind kennzeichnend für die sozialdemokratische Politik, die dem Faschismus den Weg bahnt. Grzesinski verbietet eine Zeitung, weil sie die Regierung der Barone, die Papenregierung beleidigt hat. Grzesinski unternimmt aber nichts gegen den meineidigen Oldenstädt, gegen Polizeibeamte und Offiziere, die mit Nazis Brüderschaft geschlossen haben. Er verbietet Arbeiterdemonstrationen gegen den faschistischen Terror und seine Polizei verhindert in proletarischen Versammlungen den antifaschistischen Saalschutz, wie unzählige Beispiele (Andreassäle usw.) beweisen. Diese sozialdemokratische Politik ist die beste Hilfe für die Diktatur Papens und bahnt Hitler den Weg zur Diktatur.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen an Hand dieser Tatsachen erkennen, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht mit den sozialdemokratischen Führern, nicht mit Grzesinski, geführt werden kann, daß der Kampf gegen den Faschismus allein die geeinte Arbeiterklasse siegreich führen kann. Her zur Antifaschistischen Aktion!

600 neue Polizisten für Berlin

Aber immer noch kein Geld für 300 000 Wohlfahrtsempfänger — Sahm will Papen besuchen — Heute Dringlichkeitsantrag der Kommunisten in der Stadtverordnetensitzung

Die von den Nazis gestützte Papen-Regierung hat, wie bekannt wird, immer noch nicht die 4,1 Millionen Mark Juni-Zuschüsse für die Berliner Wohlfahrt überwiesen. Der sozialdemokratische reaktionäre Berliner Magistrat weiß, wie verlautet, immer noch nicht, wo er die fehlenden Gelder hernehmen soll. Das heißt also, daß für die 300 000 Berliner Wohlfahrtsempfänger nach wie vor in allernächster Zeit die Auszahlung der Unterstützung in Frage gestellt ist. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wird die kommunistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag einbringen, den die „Rote Fahne" bereits gestern veröffentlichte, der die Sicherstellung der Unterstützung für die Wohlfahrtserwerbslosen fordert.

Wie es heißt, weiß der Oberbürgermeister Sahm nichts Besseres zu tun, als dem Reichskanzler der Regierung, die erklärte, der Staat sei keine Wohlfahrtsanstalt, einen Besuch abzustatten.

Um dieselbe Zeit aber, wo der Magistrat der Stadt Berlin „nicht weiß", wo er das Geld für die Wohlfahrtserwerbslosen hernehmen soll, wo jeden Tag Arbeiterfamilien exmittiert werden, weil ihnen das Geld für die teure Miete fehlt, und die Regierung der Barone neue Notverordnungen vorbereitet, die den Arbeitern und Erwerbslosen neuen Abbau bringen,

erhält die Stadt Berlin 600 neue Polizisten, frisch gebacken aus der Polizeischule Brandenburg.

Gestern besah sich Grzesinski in der Turnhalle der Schupo in der Karlstraße bei einer Parade seine neue Mannen.

Erwerbslose, für euch ist angeblich kein Geld da, für die Polizei aber hat der Berliner Magistrat jedes Jahr Millionen übrig. Keine Partei, von der SPD. bis zu den Nazis hat etwas dagegen.

Die Kommunisten sind die einzigen, die rücksichtslos eure Interessen vertreten. Eure Aufgabe jedoch ist, sofort von allen Stempelstellen Massenversammlungen, Organisierung der geschlossenen Einheitsfront der Erwerbslosen mit den Arbeitern in den Betrieben, in der Antifaschistischen Aktion, gegen jeden Abbau des Lohnes und der Unterstützung.

Der „Angriff" auf dem Rückzug

Erwerbslosenbetrug der Nazis im Haushaltsausschuß totgeschwiegen — Weitere Schandtaten der „Volksvertreter" vom Hakenkreuz

Mit keinem Wort erwähnte gestern der „Angriff" die verbrecherische Haltung, die die Nazis im Haushaltausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu den kommunistischen Forderungen für die Erwerbslosen einnahmen.

Das Blatt der berufsmäßigen Mordhetzer, die die Interessen der von ihnen belogenen werktätigen Nazianhänger mit den Füßen treten, wagte nicht einmal, sich vor den Angriffen der „Roten Fahne" zu verteidigen. Wir fahren heute mit der Veröffentlichung der arbeiterfeindlichen Taten der Nazis im Haushaltausschuß, die überall Gegenstand der Diskussionen gegen die Nazipartei sein müssen, fort.

Die Nazis stimmten gegen folgende Anträge:

Alle geschlossenen Krankenanstalten sofort wieder in Betrieb zu nehmen. Schließung von Anstalten aus Sparsamkeitsgründen haben zu unterbleiben.

Für jede Arbeitszeitverkürzung in den Gas- und Wasserwerken wird voller Lohnausgleich gewährt. Alle wegen Arbeitsmangel oder wegen politischer Betätigung entlassenen Arbeiter und Angestellten werden wieder eingestellt. Die hohen Gehälter sind auf monatlich 500 Mark herabzusetzen. Der Ueberschuß der Gaswerke wird für die Beseitigung der Gasmessermiete für 938 495 Kleinabnehmer, für die Senkung des Gaspreises um 4 Pfennig pro Kubikmeter für Kleinabnehmer bis zu einem Verbrauch von 50 Kubikmeter verwandt.

Den Erwerbslosen und Unterstützungsempfängern wird unentgeltliche Benutzung der städtischen Verkehrsmittel gestattet.

Für Mittelständler werden die Standgelder in den städtischen Markthallen um 50 Prozent herabgesetzt.

Für werktätige Wanderer wird in kommunalen Forsten und Ufergeländen für Zelte keine Zeltscheingebühr erhoben.

Der Beitrag für den kommunalen Arbeitgeberverband wird gestrichen. Die Mittel für Benutzung von Kraftwagen der städtischen hohen Bürokratie in Höhe von 135 000 Mark werden gestrichen.

Jeder Arbeiter, jeder Erwerbslose, jeder Werktätige ist für diese kommunistischen Anträge. Aber die Nazis, die vorgeben, „gegen die Not der Werktätigen zu kämpfen", haben alle diese Anträge, die eine Linderung der Not bringen würden, zusammen mit der SPD. niedergestimmt. Entlarvt überall die Arbeiterfeinde, klärt die Naziproleten darüber auf, wie sie von ihren Führern betrogen werden.

Ein Greis verkauft sein Bett, um Miete zu zahlen

Der Hauswirt will ihn exmittieren — Erwerbslose solidarisieren sich mit dem alten Arbeiter

Der Kampfwille der Erwerbslosen gegen die Exmittierungen, der unseren kommunistischen Anträgen zugrunde liegt, kommt bei den hundertfältigen täglichen Anlässen immer entschiedener zum Ausdruck.

Es war am letzten Montag, am frühen Nachmittag, da klapperte durch die Palisadenstraße ein Karren, vorwärtsbewegt von einem Mann, der gut 80 Jahre alt war. Obgleich der Karren nur mit Betten bepackt war, fiel diese Arbeit dem Greis sichtlich schwer. Neugierig sahen Passanten ihm nach. Daß es sich nicht etwa um einen gewöhnlichen Umzug handelte, den hier ein ergrauter mittelloser Prolet selbst durchführte, besagten zwei Schilder, die am Karren angebracht waren:

„Ein Unterbett, ein Deckbett und zwei Kopfkissen zu verkaufen. Preis 18 Mark."

Jeder sah sofort, daß dieser Achtzigjährige auch keineswegs ein Händler war. Dazu schweiften seine Augen zu besorgt und bittend in die Runde, als wolle er sagen: „Kauft, ich muß das Zeug unbedingt loswerden, weil ich Geld brauche." Es ist Sommer. Und wenn es auch nicht Sommer wäre, die Zahl erwerbsloser Arbeiter, die durch das notverordnete Elend bereits ihr Letztes versetzt haben und die auch kein Bett mehr haben, ist groß.

Einige Arbeiter traten an den Greis heran: „Sag mal, Kollege, du verkaufst deine Betten — warum eigentlich?" Der Alte erwiderte: „Ich habe meine Miete nicht mehr ganz bezahlen können..." „Und dazu mußt du die Betten versetzen? Wo willst du denn schlafen?" Der Alte setzte den Karren ab und richtete sich langsam auf. „Mir hat der Hauswirt gedroht," sagte er,

„wenn die Miete bis morgen nicht bezahlt ist, reicht er die Räumungsklage gegen mich ein.

Darum muß ich die Sachen verkaufen. Sonst sitz ich auf meine alten Tage auf der Straße."

Aber die Arbeiter geben dem Alten, dessen Gesicht sich immer mehr aufhellte, einen anderen Rat. „Das hat keinen Zweck, so klein beizugeben, Kollege. Wir müssen alle gemeinsam kämpfen." Die Arbeiter packten den Karren und brachten ihn zurück zur Wohnung des Alten und sagten zu ihm: „Wir werden sehen, daß Dir geholfen wird und daß Du nicht auf die Straße fliegst."

Geschlossener Widerstand gegen Unterstützungsabbau!

Beschluß der Erwerbslosenversammlung im Swinemünder Gesellschaftshaus

Am vergangenen Dienstag fand im Swinemünder Gesellschaftshaus eine Versammlung der Erwerbslosen statt, die zu dem Selbstmord des Erwerbslosen Bauer und seiner Familie Stellung nahm.

Vor überfülltem Saal sprach der Genosse Mentzel vom Bezirksausschuß der Erwerbslosen. Durch empörte Entrüstungsrufe wurden seine Ausführungen immer wieder unterbrochen, wenn er an Hand von Beispielen die Durchführung des Hungerdiktats im Reich, in den Ländern und den Gemeinden, insbesondere in Berlin, aufzeigte. Begeistert gelobten die Erwerbslosen, die angekündigten Abbaumaßnahmen der Stadt Berlin mit geschlossenem Widerstand zu beantworten.

In der Diskussion sprachen mehrere parteilose Arbeiter, unter ihnen ein 62jähriger, ehemaliger kleiner Geschäftsmann. Unter dem Beifall der Versammlung forderte er auf, in jedem Haus eine Interessenvertretung der Erwerbslosen gegen Hunger und faschistischen Terror zu schaffen.

In der Versammlung wurden zehn revolutionäre Vertrauensleute, darunter fünf Frauen, geworben.

Zum Bezirkskongreß der Erwerbslosen am 2. und 3. Juli 1932 in Berlin wurden neun parteilose Delegierte gewählt.

„Die Sowjets in der Welt voran"

Sondernummer der „Roten Post" erscheint am Freitag, dem 10. Juni

Alle Zellen bereiten Massenvertrieb vor

Lastauto überfährt dreijähriges Kind

Der drei Jahre alte Knabe Kurt Eichler aus der Eichhornstraße 59, Reinickendorf-West, der beim Spielen über die Straße rannte, geriet dabei unter einen Lastkraftwagen. Besinnungslos blieb das überfahrene Kind liegen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Die rote Jugend ist zur Stelle

Borkers Festsäle waren am Dienstagabend überfüllt, als der Kommunistische Jugendverband zur Kampfkundgebung gegen den Naziüberfall auf die Versammlung in den Andreassälen gerufen hatte. Alle Tische mußten hinausgeschafft werden, um Platz zu schaffen.

Die Nazis hatten Provokationen vorbereitet, um sie schleunigst abzusagen, als sie den Massenbesuch sahen. Dafür war die Schupo da, die alle Versammlungsteilnehmer nach Waffen durchsuchte und sogar den Saalschutz aus dem Saal herauskommen ließ, um ihn zu visitieren. Natürlich ergebnislos.

Ueber der Kundgebung lag eine heiße Kampfstimmung gegen die Schleicher-Papen-Regierung. Die Mitteilung vom geplanten Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes erregte minutenlange Protestrufe. Am Schluß der Versammlung, in der Genosse Schwenk und ein Vertreter des ZK. des Kommunistischen Jugendverbandes sprachen, wurde eine **Protestresolution gegen das geplante Verbot des KJVD. angenommen.**

Wenn du einen Stammbaum hast . . .

Gute Zeiten für betrügerische Direktoren

„Meinen Stammbaum kann man bis ins 17. Jahrhundert zurück verfolgen, meine Vorfahren haben zu den besten Gesellschaftskreisen gehört", sagte der ehemalige Verlagsdirektor von Scherl, Scheidemantel, gestern vor dem Schnellschöffengericht. Er wußte, wem er das sagte. Seine „Vornehmheit" machte einen großen Eindruck auf das Gericht.

Sch. war des Betruges angeklagt. Er hatte die Deutsche Bank um 350 000 Mark geschädigt, indem er mit gefälschten Formularen von Ullstein der Bank nicht vorhandene Forderungen vortäuschte und sich so Riesenkredite verschaffte.

Scheidemantel legte besonders großen Wert darauf, seine großen und einflußreichen Freunde aufzuzählen. Er war gut bekannt mit dem englischen Kaliindustriellen Graf Douglas, einem intimen Freund „Wilhelm des Getürmten". Mit den Reedereibesitzern von Ballin und Wörmann war Sch. eng befreundet.

Im Jahre 1926 hatte sich Sch. als Papiergroßhändler selbständig gemacht. Er nutzte seine guten Beziehungen zu italienischen Faschisten aus und belieferte italienische Zeitungen, u. a. auch die Zeitung Mussolinis, mit Papier. In einem Jahr verkaufte er 2000 Waggons nach Italien.

Seine Betrügereien wurden im Sommer vorigen Jahres durch seinen Schwiegersohn der Bank verraten. Sch. flüchtete darauf nach Italien. In Zürich wurde er verhaftet und ausgeliefert.

Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Landgerichtsdirektor Neumann, der wegen seiner harten Urteile Arbeitern gegenüber bekannt ist, verurteilte ihn zu nur 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist. Der „Stammbaum" Scheidemantels scheint ihm doch zu sehr imponiert zu haben.

Opfer des Paragraphen 218?

In der Kolonie „Alte Ziegenweide" auf dem Schöneberger Südgelände wurde gestern vormittag die Leiche eines neugeborenen Jungen in Zeitungspapier eingewickelt aufgefunden. Sie wurde ins Leichenschauhaus gebracht. Von der Mutter fehlt jede Spur.

Leiche eines Arbeiters gelandet

Gegen 11 Uhr wurde gestern aus der Spree an der Moltkebrücke die Leiche des 62jährigen Arbeiters Thomas Kampe, dessen Wohnung unbekannt ist, gelandet. Die Ursache seines Selbstmordes ist zwar noch nicht eindeutig geklärt, sicherlich lag sie aber in sozialem Elend. Die Leiche wurde in das Leichenschauhaus gebracht.

Zusammenstoß mit Streikbrechern

Etwa 15 streikende Baugerüstarbeiter stießen gestern mittag um 12,40 Uhr vor dem Hause Stromstraße 1 mit Streikbrechern zusammen. Die „Arbeitswilligen" sollen bei ihrer Arbeit gestört und tätlich angegriffen worden sein. Die Streikenden entkamen unerkannt auf Rädern.

„Im Dienst" der Reichsbahn auf den Schienen getötet

Sicherheitsposten, der auf die Sicherheit seiner Kolonne aufpaßte, vom Personenzug überfahren

Gegen ½1 Uhr in der Nacht zum Mittwoch ereignete sich dicht am Bahnhof Bellevue ein tödlicher Betriebsunfall. Der 56jährige Aufsichtsbeamte Karl Neugebauer aus der Suarezstraße 3 in Charlottenburg wurde auf den Gleisen der Fernbahn von einem Personenzug überfahren. Er war sofort tot.

Neugebauer, der schon seit vielen Jahren im Dienst der Reichsbahn stand, hatte sich am Kilometerstein 7,9 aufgestellt, um in gewohnter Weise die auf dem Bahnkörper arbeitende Kolonne vor den herankommenden Schnellbahnzügen durch Signale zu warnen.

Er gab dabei auf die Strecke, auf deren Schienen er sich selbst befand, weniger acht, sondern war völlig in Anspruch genommen, auf die Sicherheit seiner Kolonne aufzupassen. Der Personenzug 630, der um 0.14 Uhr vom Schlesischen Bahnhof nach Belzig abfährt, raste jäh über ihn hinweg.

Noch im letzten Augenblick wollte Neugebauer zur Seite springen, es war aber zu spät. Die Arbeiter der Kolonne, die zu sehr mit ihrer Arbeit beschäftigt waren, hatten ihren Kollegen weder rechtzeitig warnen noch retten können.

Die Verletzungen, die Neugebauer erlitt, waren so schwerer Natur, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Als Sicherheitsposten, der über die Sicherheit der anderen zu wachen hatte, ist Neugebauer im Dienst verunglückt. „Durch eigene Schuld"", wird wahrscheinlich die Bahndirektion sagen. Die Arbeiter kennen diese Begründungen zur Genüge und wissen, wo die vermeintliche eigene „Schuld" der Todesopfer der Reichsbahn aufhört und wo die Schuld der Reichsbahndirektion beginnt. Mit allen Mitteln für die Sicherheit ihres Lebens, ihres Dienstes, ihrer Arbeit zu kämpfen, ist notgedrungenste Pflicht und Aufgabe der Eisenbahner!

20 Verletzte bei Straßenbahn-Zusammenprall

Beide Triebwagen demoliert — Verkehrsunsicherheit die Folge der BVG.-Maßnahmen

Die allgemein wachsende Verkehrsunsicherheit bei der BVG. hatte gestern wieder ein schweres Straßenbahnunglück zur Folge. In der Nähe des Potsdamer Platzes, an der Ecke der Stresemann- und Prinz-Albrecht-Straße, stießen zwei Straßenbahnwagen der Linien 21 und 24 zusammen. Der Zusammenprall war derart heftig, daß die Scheiben zersplittert, zwei Plattformen eingedrückt, beide Wagen im ganzen völlig demoliert und 20 Fahrgäste mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Der Wagen der Linie 21 fuhr in Richtung Britz. Während er an der Kreuzung der Stresemann- und Prinz-Albrecht-Straße hielt, näherte sich der Wagen der Linie 24, der in Richtung Buchholz fuhr. In dem Augenblick, in dem dieser Wagen die Straße kreuzte, fuhr der Wagen der Linie 21 in die falsche Weiche, und zwar in die Stresemann- anstatt in die Prinz-Albrecht-Straße. Mit voller Wucht bohrte sich der Wagen in den Triebwagen der Linie 24. Ein Regen von Glassplittern wirbelte umher. Die auf den vorderen Plattformen stehenden Fahrgäste wurden zwischen den Trümmern eingeklemmt.

Feuerwehr und Rettungsamt sandten mehrere Rettungs- und Rüstwagen zur Unfallstelle. Drei Fahrgäste wurden in das Elisabeth-Krankenhaus überführt, zwölf nach der Rettungsstelle in der Eichhornstraße, die übrigen konnten bald wieder den Heimweg antreten. Beide Straßenbahnwagen mußten abgeschleppt und aus dem Verkehr gezogen werden.

Die Schuldfrage, soweit es sich um die technische Seite handelt, ist noch nicht geklärt. Die BVG. wird sicherlich den Führer des auf ein falsches Gleis gefahrenen Wagens für den Unfall verantwortlich machen wollen. Aber

verantwortlich für dieses, wie für die in letzter Zeit immer häufiger vorkommenden Verkehrsunfälle bei der BVG. sind eben jene Maßnahmen der BVG.,

von deren Folgen die BVG.-Arbeiter und Angestellten wie die gesamten Arbeiter Berlins ihr Lied singen können: Abbau, Rationalisierung, Antreiberei, Einziehung von immer mehr Linien . . . Wahrlich eine Liste von Dingen, die genügen, um auch die schlimmste Verkehrsunsicherheit heraufzubeschwören.

BVG.-Arbeiter und -Angestellte, das gesamte werktätige Berlin steht in eurem Kampf gegen diese Maßnahmen hinter euch!

Die sozialdemokratischen Schulabbauer fühlen sich getroffen

Die intensive Vorbereitung der Elternbeiratswahlen durch die Kommunisten ist dem „Vorwärts", dem Blatt des sozialdemokratisch-bürgerlichen Magistrats des Schulabbaues, mächtig in die Krone gefahren.

Ein Artikel im „Vorwärts" vom Mittwoch läßt die Furcht der SPD. vor der kommenden Abrechnung der Arbeitereltern mit der sozialdemokratischen Spardiktatur gegen die Arbeiterkinder deutlich erkennen. „KPD. auf Elternfang" schreibt der „Vorwärts" und regt sich darüber auf, daß die Bezirksleitung der KPD. zur Einheitsfront aller werktätigen Eltern, ob parteilos, sozialdemokratisch oder kommunistisch, mobilisiert. Anschließend daran heißt es:

„Die sozialdemokratischen Eltern werden auch den Elternbeiratswahlkampf führen für die Erhaltung dessen, was die Sozialdemokratie in mehr als zehnjähriger Tätigkeit auf dem Schulgebiet geschaffen hat . . ."

Die werktätigen Eltern, auch die sozialdemokratischen Arbeitereltern, bedanken sich für das, was die Sozialdemokratie in zehnjähriger Tätigkeit auf dem Schulgebiet geschaffen hat. Sie haben nicht vergessen, daß

der sozialdemokratisch-bürgerliche Berliner Magistrat Schulen geschlossen hat,

daß sich die Schulgebäude durch die Spardiktatur in einem Zustand befinden, der jeder Beschreibung spottet, daß die sozialdemokratische Preußenregierung einen Massenabbau von Lehrern durchgeführt hat.

Gegen dieses Ergebnis der sozialdemokratischen Tätigkeit auf dem Schulgebiet richtet sich der geschlossene Kampf aller Arbeitereltern, der bei den kommenden Elternbeiratswahlen seinen Ausdruck finden wird.

In diesem Sinne mobilisieren die revolutionären Arbeitereltern mit verstärkter Kraft zu den kommenden Wahlen, die zu einer Abrechnung mit der sozialdemokratischen Abbaupolitik werden müssen.

Für die

„Einheitsliste werktätiger Eltern."

Wie wird das Wetter?

Wechselnd wolkig, vereinzelte Schauer, weiterhin kühl mit mäßigen nordwestlichen Winden.

Frauen führen Krieg

von Emma P. Dornberger

Copyright by „Rote Fahne", Berlin, 1932.

46. Fortsetzung.

„Ja", sagte Luise. „Ich bin Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend und stolz darauf, daß es einen Karl Liebknecht gibt, der gesagt hat, daß dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegentreten wird!"

Luise sprang vom Leiterwagen herunter. Ihre Knie zitterten vor Aufregung. Sie hatte noch nie vor einer so großen Menge gesprochen und war noch nie dem Kreuzfeuer von Zwischenrufen ausgesetzt. Der Major war schon längst verschwunden. Durch eine graue Masse von Soldaten ging Luise. Sie sahen sie an, alte, bärtige und junge Gesichter mit leuchtenden Augen. Augen, in denen die Freude der Freiheit, das Feuer der Revolution schimmerte. Stimmengewirr scholl über den Hof. Ganz vorne an der Gittertüre der Toreinfahrt stand auf einem Betonkosten ein großer, riesiger Soldat. Scharfe, graue Augen blickten aus einem von braunen Haaren umwachsenen Gesicht. Der Mantel, den er trug, war durchlöchert, zerrissen und viel zu kurz. Seine Füße steckten in wuchtigen Stiefeln. Er schwang ein Gewehr in der Hand und schrie:

„Habt ihr es gehört, Kameraden? Eine Frau hat gesprochen, wir sollen die Herren abschütteln und unsere Interessen verteidigen. Wir müssen wachsam sein, nicht eine halbe, sondern eine ganze Revolution machen. Wir haben immer gesagt: Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will, und nun schweigen auch die Kanonenrohre, und wir haben unsere Gewehre gesenkt und aufgehört, die Menschen auf der anderen Seite, die Arbeiter sind wie wir, niederzuschießen. Alle werden sie jetzt kommen und sagen, der Krieg ist aus, die Revolution beginnt. Revolution — das heißt Schluß machen mit dem herrschenden System! Alle müssen es wollen, alle! Hunderttausende wird es geben, die liegen in den Schützengräben und Granatlöchern, die hängen in den Stacheldrähten und können nichts mehr tun. Aber wir wollen etwas für sie tun. Wir wollen sie rächen! Es ist Revolution, Kameraden, das heißt, wir müssen die Macht in unsere Hände nehmen und jetzt einen Soldatenrat bilden, der als erstes unsere Abfahrt in die Heimat sofort zu organisieren hat."

Tosender Beifall schallte über den Hof.

Die Soldaten wählten sich ihren Soldatenrat!

Der Major beeilte sich mittlerweile, in seinem Zimmer die Uniform mit Zivil zu vertauschen. Er zog sich eine dunkle Hose und eine hellgraue Sommerjacke an — etwas anderes konnte er nicht auftreiben — und überlegte, auf einem Stuhl zusammengesunken, was nun werden sollte. Die Soldaten begaben sich in ihre Quartiere. Einige von ihnen, man kann nicht sagen, ob es Gleichgültigkeit gegenüber dem Geschehenen war oder nur das Bewußtsein und der Drang, tun und lassen zu können, was ihnen gefiel, stürmten in die Kantinen und feierten mit Schnaps und Bier und allem, was noch erreichbar war, die Revolution, den Frieden auf ihre Art.

Hunderte von Metern waren die Schienenstränge der Bahnlinie außerhalb der Station von Menschen belagert. Soldaten, Zivilpersonen, Frauen und Mädchen warteten auf den Zug. Stundenlang standen sie oder saßen auf ihrem Gepäck und warteten. Mehrere Züge fuhren in langsamem Tempo, ohne zu halten, vorbei. Nur Vieh- und Güterwagen hingen hinter der Lokomotive. In den geöffneten Türen und Fenstern, auf den Rändern der offenen Wagen saßen und standen die Feldgrauen eng zusammengepfercht, schrien und schwenkten die Mützen: „Hallo, Parole Heimat! Aus ist der Krieg!"

Und dann wurden Lieder gesungen: „O Tannenbaum, o Tannenbaum, der Kaiser hat 'n Sack gehau'n!"

Manch einer versuchte, von außen aufzuspringen, wurde aber immer wieder mit großem Hallo heruntergeworfen: „Immer mit die Ruhe, Kamerad, du wirst noch rechtzeitig zu deiner Braut kommen."

„Was heißt hier Braut", schrie der zurück, „ich will die Revolution mitmachen."

„Aber hier kannst du nicht mehr rein, es kommen noch mehr Züge", war dann die Antwort.

Einige Soldaten vom Telegraphenamt in Bastogne, die es besonders eilig hatten und in den grausigsten Tönen fluchten, zerrten, als sie die Unmöglichkeit einsahen, sich in die überfüllten Waggons zu quetschen, kurz entschlossen einen großen Handwagen aus einem Schuppen und schoben los.

„Wo wollt ihr hin?" rief man ihnen nach.

„Wir gehen zu Fuß über Luxemburg nach Deutschland", schrien sie zurück. „Wir sind eher da als ihr!"

Die Menschen wurden unruhig. Sie fluchten und schimpften. Eine heisere Stimme rief: „Läßt sich denn nicht so ein Affe vom Offizier sehen? Die wollten doch dafür sorgen, daß wir schnell und sicher nach Hause kommen?" „Die sind schon längst über alle Berge und lassen uns hier sitzen!"

Auf einmal ein großes Geschrei. „Unser Hauptmann, der soll leben!" rief einer und zerrte einen Mann in grauem Anzug nach vorne. „Kannst du uns sagen, mein Lieber, wann wir endlich losfahren?" schrie man ihm ins Gesicht. „Führe uns zum Stationsvorsteher!" Lachen und Rufen ringsum.

Fünf oder sechs Soldaten gingen mit dem Zivilisten an der Spitze, der recht eingeknickt und ängstlich aussah, in das Bahnhofsgebäude. Nach einer Weile kam die Gruppe zurück, und einer verkündete, es war der große Soldat, der in den Soldatenrat gewählt wurde: „Es wird kaum möglich sein, daß wir in den heute hier vorbeifahrenden Zügen noch Platz kriegen, aber morgen früh wird hier ein Zug eingesetzt, eine Lokomotive ist angefordert, die Wagen werden wir auch bekommen."

Heftig wurde diese Meldung diskutiert. Nach einer Stunde hatte sich die Menge der Wartenden erheblich verringert. Nur ganz Geduldige saßen noch auf ihrem Gepäck und starrten die Schienen entlang. Ein kleiner Teil war in die Quartiere zurückgegangen, die übrigen ließen sich in einem Güterschuppen häuslich nieder.

Am andern Morgen um 5 Uhr war Luise bereits wieder zur Stelle. Um 6 Uhr sollte der Zug abfahrtbereit sein. Sie traf den großen Soldaten, der sie freundlich begrüßte und ihr die Hände schüttelte: „„Dat hest du fein mokt, min Deern!" sagte er, „dat hett mi bannig freut! Nu wöllt wi man moken, dat wi no Huus hen kommt! De ward uns bruuken!" (Die werden uns brauchen!)

Luise nickte und lachte: „Aus Hamburg?" fragte sie.

„Nee, von Ost-Freesland! Von de Wooterkant! Bi us is man jetz allerahnd los!"

Da ertönte ein Pfiff. Ein Zug kam näher. Der Soldat schüttelte mit dem Kopf: „Dat is en annerer, dat is use nich!"

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton der Roten Fahne

Nummer 125 / Beilage
Donnerstag, 9. Juni 1932

Die verlorene Sendung

Von Paul Körner

Der Lademeister mit der Nummer 318 an der Mütze lief den Zug entlang. Die Wagen des Güterzuges waren etwas naß vom Regen. Aus dem Packwagen stieg der Zugführer mit dem roten Gürtel über der Schulter.

„Bleibt etwas hier?" rief der Lademeister.

„Ja, der Holländer muß raus. Hat Achsenbrand. Das Achslager ist glühend heiß."

„Weiter nichts?"

„Doch, hinten ist noch etwas, aber wegen dem Holländer muß der ganze Zug auseinandergerissen werden. Es ist alles auf Kurs 407 Nord. Muß umgeladen werden."

Der Rangierer kam und fragte:

„Wo geht er denn hin?"

Der Lademeister warf einen Blick auf den Kurszettel und brummte: „Tokio — Japan, via Hamburg."

Der Rangierer kroch unter dem Puffer hindurch und koppelte den Holländer los. Als er wieder hervorkam, gab er einen Pfiff ab und winkte dem Lokomotivführer, dann sprang er auf den Wagen, der herausgerissen werden sollte. Der Zug hielt. Mit Kreide schrieb er an beide Wagentüren:

„Achsendefekt, umladen!", dann gab er das Signal zum Abstoßen. Der Holländer rannte kreischend zurück, rannte durch die Weichen, daß es klapperte. Immer langsamer lief er und blieb allmählich auf dem Sammelgleis stehen.

Eine halbe Stunde später nahm ihn der Rangierzug auf und fuhr damit auf den Bremsberg. Der Rangierer koppelte ihn ab und schlug nach einem Pfiff zweimal die Hände in der Luft zusammen. Der Holländer lief auf das Verladegleis.

„Umladen?" fragte sich der Ladearbeiter und sah nach den Achsen, welche denn da heiß sei. Sein Kollege kam:

„Umladen?"

„Ja, Achsenbrand."

„Und was hat er drin? Hoffentlich solchen Krümelkäse, den man schlecht fassen kann."

„Haushaltungsgegenstände."

„Na, die Holländer können auch eine bessere Karre nehmen, wenn sie Kaffeesiebe oder Teelöffel nach Japan schicken."

„Löffel, was sollen die Japaner mit Löffeln, wo sie mit Stäbchen essen."

„Vielleicht haben sie Stecknadeln drin. Hoffentlich sind sie dann lose."

Sie erbrachen die Plomben. Schöne handliche Kisten waren drin.

„Ein bißchen schwer sind sie, was?"

„Vielleicht Fleischmaschinen, solche verzinnten."

Sie zogen die Kisten auf ihre Karren und schleppten sie in einen anderen Waggon. An einer war das Bandeisen etwas los. Der Lader nahm seinen Hammer aus der Lederschürze und schlug es fest. Trotzdem blieb er an einem Ende mit dem Daumen hängen, daß das Blut spritzte. Er ließ die Kiste los, sie fiel vom Ueberbrückungssteg herunter zwischen beide Wagen und platzte.

Beide stiegen herab, um die Kiste wieder in den Wagen zu heben. Dabei fielen blanke, glänzende Eisenstücke heraus, alle gleichmäßig gearbeitet. „Seltsame Wirtschaftsartikel", sagte der Aeltere, und sofort fiel ihm ein, daß er solche Dinger kannte. Sonnenklar stand vor ihm eine Instruktionsstunde beim Militär, wo der Korporal erklärte: „Das Maschinengewehr besteht aus dem Schlagbolzen, der Schlagbolzenfeder, der Klemme und . . ."

„Maschinengewehrschlösser", sagte er.

„Wirklich? Solche Schufte."

„Die sind gegen die Russen, gegen keinen anderen."

„Verfluchter Dreck, daß die Fabrikproleten die rausgehen lassen."

„Bestimmt. Man müßte das ganze Zeug ins Wasser werfen."

Im Nu war die Kiste wieder zugenagelt. Der Jüngere spuckte in die Hände: „Wie kann man das nun wiedergutmachen, was die Kollegen da verbrochen haben?"

„Weißt du, die Dinger müßten sonstwo landen, aber nicht in Tokio."

„Wir müßten sie — nein, das geht nicht."

„Den Kurszettel könnte man ändern, und die Dinger werden in Australien landen."

Sie kannten sich lange, überlegten lange und wurden sich einig:

Das sind Maschinengewehre gegen Rußland, gegen den Arbeiterstaat, gegen uns!

Nach der Mittagspause klebte unter dem kleinen Gitter des Waggons ein Ladezettel mit der Aufschrift: „Kurs: 119 Süd — Balkan. Bestimmungsort: Philadelphia, via Konstantinopel. Inhalt: Haushaltungsgegenstände. Abgangsort: Oslo."

Während einer den Zettel schrieb und anklebte, bestrich der andere die Kisten, wo sie gezeichnet waren, mit Salzsäure. Jede einzelne, die in den neuen Wagen geladen wurde, trug nun einen grünlich-braunen Strich, ohne Firmenaufschrift, nur Nummer und Buchstaben der Sendung. Natürlich waren sie sich einig, daß mit solchen Verschiebungen der Kampf gegen den Interventionskrieg nicht erfüllt ist. Der muß planmäßig und überall geführt werden.

Eine Lore kann man nicht in die Tasche stecken. Abends, als die Arbeiter ihre Karre in die Ecke stellten, rollten die Maschinengewehrteile gegen Konstantinopel, immer weiter von ihrem eigentlichen Ziele weg. Haushaltungsgegenstände nach Philadelphia.

Drei Wochen später kam ein Telegramm in Amsterdam an:

„avisierte sendung haushaltungsgegenstände überfällig stop ladebrief 4381 liegt vor stop drahtnachricht sofort stop löschhafen verwaltung tokio."

Und aus Philadelphia funkte es indessen nach Oslo:

„sendung 2111 haushaltungsgegenstände enthält maschinengewehrteile stop adressat unbekannt stop sendung irrläufer verfügung sofort stop begleitpapiere fehlen staatlicher löschhafen philadelphia."

Die Umladearbeiter wußten nichts davon, daß auf einer ganz unbeteiligten Stelle nach dem Empfänger gefragt und daß auf der richtigen Stelle die Sendung reklamiert wurde, aber sie wußten, daß in Tokio Tausende von Maschinengewehren gegen die Sowjetunion stehen, die keine Schlösser haben.

Neue Antisowjethetze Prof. Saitschicks im Rundfunk

Jetzt aber Schluß! Kein Arbeiterhörer darf es sich länger gefallen lassen, daß dieser gewerbsmäßige Hetzer noch einmal im Rundfunk spricht, die Sowjetunion und alles, was mit dem revolutionären Marxismus zusammenhängt, beschimpft und beschmutzt und dann noch obendrein aus den Groschen der werktätigen Hörer dafür bezahlt wird.

Daß die Deutsche Welle sich erdreistet, diese Antisowjethetze auch noch unter der Bezeichnung „Hochschuljunk" laufen zu lassen, ist ein unerhörter Skandal. Denn der ehrenwerte Professor hat nicht den geringsten Dunst von den Sachen, über die er spricht, sondern behandelt alle Fragen unter der scheinbaren Maske der Objektivität nur mit Verächtlichmachung und Beschimpfungen. Das Wort: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst", trifft restlos auf ihn zu. Was er da am Montag über die Einstellung Lenins zur bürgerlichen und proletarischen Wissenschaft erzählte, lohnt einer Auseinandersetzung überhaupt nicht.

Heute aber tritt er schon wieder ans Mikrophon, um seine antibolschewistischen Phrasen zu verzapfen und am kommenden Sonntag und Montag soll er noch einmal sprechen! Und dann folgt schon wieder ein anderer antibolschewistischer „Wissenschaftler" mit einer Vortragsserie: „Wird der russische Fünfjahrplan gelingen?"

In dieser ungeheuren Verstärkung der Antisowjethetze durch den Rundfunk in der letzten Zeit liegt Methode. Das gehört zum Programm der ideologischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durch die deutsche Bourgeoisie und wird durch die neue Papenregierung natürlich wohlwollend gefördert.

Wie bereits schon einmal, müssen die werktätigen Hörer und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft einen gewaltigen Protest gegen die Antisowjethetze im Rundfunk entfalten und den Kampf mit allen Kräften führen, daß den Kriegshetzern und -schürern — und nicht nur im Rundfunk — in Kürze das Handwerk endgültig gelegt wird.

Achtung, wir hören mit . . .

Berlin

17.30 Uhr: Die berufsständische Idee in der praktischen Sozial- und Gewerkschaftspolitik. (Faschistische Stände-Propaganda!)
20.30 Uhr: Schallplatten-Rückblick auf Mai.

Königswusterhausen

19.35 Uhr: Dritter Hetzvortrag von Prof. Saitschick: Lenin und die geistigen Grundlagen des Bolschewismus.

Leipzig

18.50 Uhr: Worin besteht das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften. (?)

Moskau

20 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten (deutsch).

Du siehst „Kühle Wampe"

ab 10. Juni 1932 in folgenden Berliner Kinos: Admirals-Palast, Friedrichstraße; Atlantic, Charlottenburg; Astra-Lichtspiele, Chaussestraße; Ballschmieder, Badstraße; Babylon, Bülowplatz; Elysium, Prenzlauer Allee; Havel-Lichtspiele, Spandau; Kant-Lichtspiele, Charlottenburg; Kristall-Palast, Prinzenallee; Luna-Palast, Große Frankfurter Straße; Mercedes, Neukölln; Prinzenpalast, Prinzenallee; Rivoli-Palast, Bergmannstraße; Märchenbrunnen, Am Friedrichshain.

Ab 14. Juni 1932: Stella, Köpenicker Straße.

Zwei Tage vor dem Solidaritätstag

der IAH. gegen Hunger, Krieg und Faschismus erscheint eine große Rußland-Sondernummer der „Illustrierten Roten Post" unter der Parole: „Die Sowjets in der Welt voran." „Der zweite Fünfjahrplan", „Die Rote Armee", „Eine Woche Kunst in Moskau", „Freie Bahn dem Tüchtigen", „Sport und Erholung", „Frauen und Kinder" — das sind einige der Themen, die darin lebendig, interessant und schmissig behandelt werden. Lest die Sondernummer der „Roten Post". Sie kostet nur 15 Pfennig und ist überall erhältlich. Abonniert noch heute! Organisiert den Massenvertrieb zum Internationalen Solidaritätstag! Werbt! Agitiert! Tragt die Wahrheit über die Sowjetunion zu allen denen, die heute noch abseits stehen.

Junge Volksbühne. Die statutengemäß jährlich stattfindende Generalmitgliederversammlung ist auf Dienstag, 28. Juni 1932, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße, festgesetzt. Tagesordnung wird im Laufe der Woche bekanntgegeben.

Bettelpfennige statt Erwerbslosenunterstützung

„Reichsverbands"-Instanzen gegen erwerbslose Künstler

Die Not der deutschen Künstler ist groß. Sie sind fast ausnahmslos eingereiht in das Heer der Erwerbslosen. Die Leitung des Reichsverbandes bildender Künstler steht dieser Entwicklung rat- und tatlos gegenüber. Also richtete sie an das Reichsinnenministerium eine Eingabe, 5 Pfennig der Gebühren eines jeden Rundfunkteilnehmers sollen einer beabsichtigten „Notgemeinschaft der Deutschen Kunst" zugeführt werden. „**5 Pfennig im Monat belasten auch heute niemand. Wenn es anders nicht möglich ist, so ist eine Erhöhung der Rundfunkgebühren um 5 Pfennig gerechtfertigt.**" So das offizielle Organ des Reichsverbandes bildender Künstler „Kunst und Wirtschaft."

Diese Forderung ist ein Schlag sowohl gegen die erwerbslosen Künstler als auch gegen die werktätigen Rundfunkhörer. Statt Einreihung der notleidenden Künstler in die Sozialversicherung gewährt man ihnen Bettelpfennige, die den werktätigen Rundfunkteilnehmern abgeknöpft werden sollen. Dies bedeutet in der Tat ein Ausspielenwollen des Künstlers gegen breite Schichten der Werktätigen. Wir aber fordern: **Nicht eine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung der bereits übermäßig hohen Rundfunkgebühren und gleichzeitig Erwerbslosenunterstützung für alle arbeitslosen Künstler.**

Dur.

Ein Kino für 7000 Zuschauer. In den Räumen der ehemaligen kaiserlichen Reitbahn in Moskau soll demnächst mit dem Bau des größten Kinos der Sowjethauptstadt begonnen werden. Das Kino wird 7000 Sitzplätze aufweisen. Die Ausarbeitung des Bauentwurfes ist Bruno Taut übertragen worden.

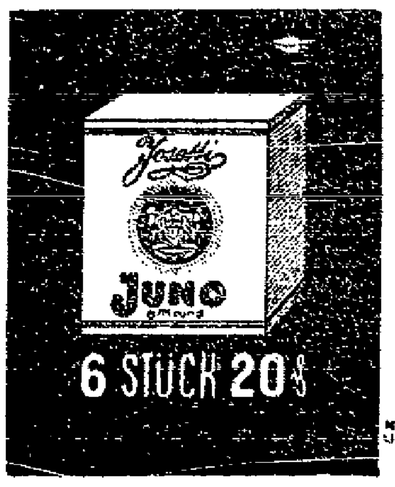
Juno wirbt durch ihre Güte;

sie lehnt es ab, durch Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien die Raucher zu locken.

JUNO

wünscht das Vertrauen

aller der Raucher zu besitzen, welche allein auf hochwertige Qualität und volles Format Wert legen.



Betriebsräte, organisiert den Kampf gegen die Regierung Papen

Ein Aufruf des Betriebsräteausschusses — Schließt die rote Einheitsfront — Organisiert die Antifaschistische Aktion!

Der engere Reichsausschuß der Betriebsräte und der Bezirksbetriebsräteausschuß für Berlin-Brandenburg beschlossen in einer gemeinsamen Tagung am 7. Juni, auf der Genosse Auer über die Aufgaben der Betriebsräte sprach, einstimmig folgenden

Appell an alle Betriebsräte.

Kollegen!

Die Regierung Papen hat ihr Programm veröffentlicht. Es ist eine Kampfansage an die gesamte Arbeiterschaft. Rücksichtslos wird angekündigt, daß die Arbeiter und Angestellten in noch größerem Umfange als bisher dem Elend und der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden sollen, um den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Die Hitlerpartei als wesentlichster Bestandteil der konterrevolutionären Kräfte unterstützt die Regierung des Junkers v. Papen, der die Aufgabe hat, in noch schnellerem Tempo als Brüning die Faschisierung in Deutschland durchzuführen.

Die schwere Schuld der sozialdemokratischen Führer an dem Erstarken der faschistischen Reaktion kommt in der gegenwärtigen Situation auch großen Schichten sozialdemokratischer Klassengenossen zum Bewußtsein. Nur wenige Wochen sind seit der Präsidenten- und den Preußenwahlen vergangen und immer klarer wird die Erkenntnis über die Schamlosigkeit, mit der die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB. ihre Mitglieder betrogen haben.

Kollegen! Denkt an die Kämpfe der Vergangenheit. Habt ihr vergessen, welche entscheidende Rolle die Betriebsräte, als die Reaktion 1920 zu seinem entscheidenden Schlag gegen das Proletariat ausholte, gespielt haben? Haben wir nicht gemeinsam an der Spitze der Belegschaften im Kapp-Putsch die Konterrevolution zurückgeschlagen?

Damals habt ihr eure Aufgabe im Sinne des revolutionären Klassenkampfes erkannt. Soll es jetzt, wo die Gefahr von seiten der Reaktion so groß geworden ist, anders sein? Das kann und darf nicht geschehen!

Denkt daran, daß die „Vossische Zeitung" am Todestage des Führers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien schrieb, **daß sich gegen den Willen der Gewerkschaften keine Regierung auch nur einen Tag behaupten könne.** Wir sagen euch, auch auf die Papenregierung trifft das zu. Gleichzeitig erinnern wir euch daran, daß die ADGB.-Führer die Macht der Gewerkschaften zur Wahrnehmung eurer ureigensten Interessen nicht gegen die Feinde der Arbeiterklasse eingesetzt, sondern durch ihre Politik Schritt für Schritt den Weg für den offenen Faschismus vorbereitet haben.

Kollegen! Ihr selbst müßt die Kraft der Gewerkschaften gegen jene, die wir schon einmal gemeinsam zurückgeschlagen haben, die heute aber wieder die Macht in Deutschland ausüben, einsetzen, um den Sieg des Proletariats herbeizuführen und zu sichern.

Erkennt die Situation! Zeigt, daß ihr entschlossen seid, den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen!

Wieder gilt es, zu beweisen, daß die Betriebsräte im entscheidenden Augenblick an der Spitze der Belegschaften stehen, um die Arbeiterklasse, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, für die kämpfende rote Einheitsfront, für die siegreiche Antifaschistische Aktion zu mobilisieren.

Organisiert in allen Betrieben die einheitliche Abwehr gegen die Generalsregierung. Veranstaltet gemeinsame Betriebs- und Betriebsrätevollversammlungen. Nehmt dort zu dem Brief des Reichsausschusses der Betriebsräte, „An alle Betriebsräte", der zur Bildung der Einheitsfront in den Betrieben aufruft, Stellung. Organisiert den Widerstand der Arbeiterklasse und geht zum Angriff über. Rüstet zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen Faschismus, Hunger und Krieg, bildet den roten Massenselbstschutz in den Betrieben, schafft die Voraussetzungen für den politischen Massenstreik! Nur die geschlossene Kampffront des gesamten Proletariats ist in der Lage, die Regierung der Barone und Junker, der Industrie- und Finanzkapitäne zu beseitigen.

Graphische Angestellte schließen sich zusammen

Gemeinsame Versammlung — ein Schritt vorwärts zum gemeinsamen Kampf

Eine Vereinigung der Angestelltenräte der papierverarbeitenden Industrie hatte in der vergangenen Woche die Angestellten der großen Berliner Zeitungsbetriebe zu einer gemeinsamen Versammlung aufgerufen. In dieser Versammlung waren wichtige Großbetriebe durch starke Delegationen vertreten. Im Präsidium saßen Kollegen der verschiedensten Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, vom Zentralverband der Angestellten bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.

Ein Kollege von der Deutschen Buchgenossenschaft eröffnete die Versammlung und betonte, daß sich die Vereinigung der Angestelltenräte gebildet habe, um die Kollegen in der Graphischen Industrie durch ihre Betriebsvertretungen zum gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer zu mobilisieren.

Dieser Kampf müsse gemeinsam ohne Rücksicht auf das Gewerkschaftsbuch, das die Kollegen in der Tasche haben, organisiert werden.

Nachdem ein Kollege von der „Deutschen Tageszeitung" gesprochen hatte, charakterisierte ein Angestellter von Ullstein die Methoden der Unternehmer, die Angestellten durch differenzierten Abbau zu spalten. Ein Mitglied des reformistischen Zentralverbandes der Angestellten wies darauf hin, daß die Bürokratie aller Angestelltenverbände sich darin einig ist, daß sie nicht daran denkt, ihre Mitglieder zum Widerstand gegen die Unternehmerangriffe zu mobilisieren.

Große Empörung löste das Verhalten eines Vertreters des ZdA.-Vorstandes aus. Dieser, der angeblich „zufällig" in diese Versammlung kam, erklärte, daß er zu den angeführten Tatsachen nichts zu sagen habe, drohte aber allen ZdA.-Mitgliedern, die sich an diesen Bemühungen zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront beteiligen, den Ausschluß aus dem Verband an. Der Vertreter des Angestelltenrates von der Deutschen Buchgemeinschaft, ein ZdA.-Mitglied, antwortete darauf, daß die Kollegen seines Betriebes dem Verband bei einem Versuch, ihn auszuschließen, eine entsprechende Antwort erteilen würden. Auch ein Kollege vom Gewerkschaftsbund der Angestellten nahm das Wort.

Großen Eindruck machte die Rede eines Vertreters der RGO. Er begrüßte das Vorgehen der Vereinigung und betonte, daß, wenn auch die RGO. sich nicht hundertprozentig hinter alle zutage getretenen Auffassungen stellen könnte, sie doch bereit sei, jeden Schritt zu unterstützen, der die Angestellten einen Schritt vorwärts zum gemeinsamen Kampf bringe. In dem Einheitsfrontappell hatte sie klar zum Ausdruck gebracht, daß es ihr dabei nicht in erster Linie auf das Mitgliedsbuch, sondern auf den ehrlichen Kampfwillen ankomme.

Aufgabe aller RGO.-Kollegen ist es, die Bestrebungen zum Zusammenschluß aller Angestellten in der graphischen Industrie auf das aktivste zu unterstützen. Es kommt darauf an, daß die RGO.-Funktionäre konkrete Vorschläge zur Organisierung des Kampfes machen und dadurch auch diese Bewegung der graphischen Angestellten auf dem Wege zur roten Einheitsfront vorwärtsführen.

KPD.-Stadtverordnete gegen kalten Lohnabbau

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion stellte für die heutige Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag:

Durch den Magistrat soll die Anordnung getroffen worden sein, daß in allen städtischen Dienststellen für die Beamten, Arbeiter und Angestellten die Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabgesetzt bzw. verkürzt wird. Diese Maßnahme bedeutet einen neuen Lohn- und Gehaltsabbau für die städtischen Arbeiter und Angestellten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daher: Durch die Verkürzung der Arbeitszeit darf eine Minderung der Bezüge der Arbeiter und Angestellten der Stadtverwaltung nicht eintreten.

Vergolder rüsten zum Streik

Gegen die Vergolder und Rahmenmacher ist ein Schiedsspruch gefällt worden, durch den ein Lohnabbau von weiteren 10 Prozent diktiert werden soll. Die Arbeiter dieses Berufszweiges sind zu 90 Prozent im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert. **In einer Branchenversammlung am 6. Juni lehnten sie fast einstimmig den Schiedsspruch ab.**

Vergeblich versuchte der Verbandsangestellte und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Harnisch, der an Stelle des fast immer verhinderten Boese erschienen war, Kampfbeschlüsse zu verhindern. Boese teilte in einem Schreiben mit, daß ein Streik seiner Ansicht nach wenig Hoffnung auf Erfolg habe, da die Unternehmer doch die Verbindlichkeitserklärung beantragen würden. Harnisch erklärte, man könne an den Dingen gar nichts ändern, da man ja überhaupt nicht wisse, ob das gesamte Schlichtungswesen erhalten bleibt und wie alles noch kommen mag. Nach seiner Meinung soll man also der Papenregierung und ihren Schlichtern, zu denen ja auch Wissell und andere prominente Sozialdemokraten gehören, kampflos das Feld überlassen.

Ein Vertreter der Opposition fand lebhaft Zustimmung, als er erklärte, daß es der Bürokratie lediglich um die Erhaltung des Schlichtungsapparates unter Führung Wissells gehe, der den Vergoldern die Löhne bereits bis unter eine Mark abgebaut hat. Großsprecherisch habe der ADGB. angekündigt, daß er seine Kraft aufsparen wolle, um nach dem 30. April die alten Löhne zurückzuerobern. Statt dessen aber wurden im Reich gerade den Holzarbeitern die Löhne bis zu 50 Prozent mit Hilfe der Bürokratie und der Schlichtungsinstanzen abgebaut.

Nach lebhafter Diskussion wurde ein Antrag angenommen, in jedem Betrieb einen Streikausschuß von je drei Mann zu wählen und sofort die Verbindung mit den Erwerbslosen aufzunehmen. In allen Betrieben muß dieser Beschluß sofort durchgeführt werden. Es kommt darauf an, den Streik sofort auszulösen, ehe die Bürokratie sich hinter einen verbindlich erklärten Schiedsspruch verschanzen kann.

Landarbeiterstreik in Mecklenburg

Auf dem Gut Waldendorf bei Gnoien (Mecklenburg) sind die Landarbeiter in den Streik getreten. 16 Frauen und 12 Männer haben die Arbeit niedergelegt, weil sie selbst bei größter Schufterei nicht mehr als 6,50 Mark wöchentlich im Akkord verdienten. Dabei haben einige Arbeiter 14 Stunden am Tage geschuftet.

Neuer Schandstreich der DMV.-Bürokratie

Warum nur Teilerfolg im Rohrlegerstreik bei Beweka?

Der DMV. hat, wie wir berichteten, mit den Unternehmern im Rohrlegergewerbe freiwillig eine Lohnabbauvereinbarung geschlossen, die die Stundenlöhne von 1,35 auf 1,16 Mark herabsetzt. Die Belegschaft der Rohrlegerfirma Beweka hatte die Nichtdurchführung des Lohnabbaues gefordert. Da die Firma nicht nachgeben wollte, trat die Belegschaft in den Streik.

Bereits nach zwei Tagen war die Firma verhandlungsbereit. Wie kam es nun, daß trotz dieser Lage die streikende Belegschaft nur einen Teilerfolg erzielen konnte?

Hierzu wird uns von Vertretern der Streikenden geschrieben:

Alles wurde von dem Unternehmer unternommen, um Streikbrecher zu werben. Ein hierzu eingerichtetes illegales Büro mußte durch das aktive Auftreten der Streikenden geschlossen werden. Erwerbslose Kollegen, durch eine Annonce in der „Morgenpost" angefordert, nahmen nach Aufklärung durch die Streikenden Stellung gegen die Firma und verlangten das Fahrgeld zurück.

Die Streikenden fordern Fortzahlung des alten Lohnes. Die Firma erklärt sich bereit, den alten Lohn bis Ende Juni, von da ab bis 1. Oktober 1932 1,20 Mark für Rohrleger und eine Mark für Helfer zu zahlen.

In der Verhandlung nimmt auch ein DMV.-Kollege das Wort und versucht, die Forderung der kämpfenden Kollegen zu begründen. Der Unternehmer fällt ihm ins Wort und sagt:

„Sie sind doch Mitglied des DMV. Ich werde mich bei Herrn Ebert über Sie beschweren. Sie kennen doch auch Herrn Hensel?

Eine Streikbruchfiliale ist zugemacht, aber der Unternehmer kennt noch eine größere und zwar in der Linienstraße 86/88, wo die Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes sitzt. Der Unternehmer hat sich nicht getäuscht. Er erhält, trotzdem sechs im DMV. organisierte Kollegen einmütig mit den übrigen 36 im Einheitsverband für das Baugewerbe organisierte Kollegen im Streik stehen und Streikkontrollkarten von dem Angestellten Vogler vom DMV. erhalten haben, Arbeitsberechtigungskarten für Streikbrecher.

Es gelingt auch jetzt noch nicht, die Einheitsfront zu zerschlagen. Die Firma ist bereit zu verhandeln. Aber nicht mit dem Vertreter des Einheitsverbandes. **Die Streikleitung, die aus Vertretern des DMV.- und des EVfdB.-Kollegen zusammengesetzt ist, nimmt zur Lage Stellung und beschließt, ohne Vertreter des EVfdB. nicht zu verhandeln. Die Belegschaft erhärtet den Beschluß. Die Firma fügt sich.**

Da die Belegschaft nach den Erfahrungen des Rohrlegerstreiks im Jahre 1929 mit der Organisierung des Streikbruchs durch den DMV. rechnen mußte, nahm sie das Angebot der Firma an und ging mit diesem Teilerfolg in den Betrieb zurück. Nicht die Drohung mit Polizeigewalt von seiten der Firma, sondern die schändliche Streikbrecherrolle der DMV.-Bürokratie hat die Belegschaft um den vollen Erfolg gebracht.

Diese Manöver können für die Zukunft nur verhindert werden, wenn die Anstrengungen zur Herstellung der roten Einheitsfront aller Rohrleger verstärkt werden. Ueberall in den Betrieben und Stempelstellen müssen sich die Rohrleger des roten Verbandes und des reformistischen Verbandes zum gemeinsamen Kampfe zusammenschließen. **Die Einreihung aller Rohrleger in die Antifaschistische Aktion ist die beste Gewähr dafür, daß sie in Zukunft wieder siegreiche Kämpfe durchführen und die schändliche Rolle der DMV.-Bürokratie durchkreuzen können.**

Erfolgreiche Kämpfe in der Schuhindustrie

Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Abteilung der Schuhfabrik Sigle (Salamander) in Kornwestheim b. Stuttgart haben am 4. Juni die von der Firma geplante Akkordreduzierung durch passive Resistenz erfolgreich abgewehrt.

In Stuttgart hat die Belegschaft der Fa. Spieß den Abbau der Akkordsätze ebenfalls durch passive Resistenz erfolgreich abgewehrt. Nachdem die Kürzung der Akkordsätze am 2. Juni mitgeteilt worden war, nahmen die Arbeiter am 3. Juni früh die Arbeit nicht auf. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Firma wurde um 11 Uhr eine Betriebsversammlung durchgeführt, in der die gesamte Belegschaft beschloß, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, ehe nicht der Lohnabbau rückgängig gemacht würde. Angesichts des geschlossenen Kampfwillens der gesamten Belegschaft erklärte sich die Firma zur Weiterzahlung der alten Akkordsätze bereit.

Diese erfolgreichen Kämpfe müssen von allen Schuhmachern als Auftakt für ihren geschlossenen Kampf gegen den Lohnabbauvorstoß der Schuhindustriellen betrachtet werden, die bekanntlich einen 14prozentigen Lohnabbau zum 1. Juli fordern. In allen Betrieben muß auf der Grundlage des Einheitsfrontappells der KPD. und RGO. sofort die konkrete Streikorganisierung in Angriff genommen werden.

Lohnabbau für die Kämmereiarbeiter vor der Tür

Nur sofortiger Kampf kann ihn abwehren

Abermals soll den Kämmereiarbeitern Berlins der Lohn abgebaut werden. Der Schiedsspruch sieht folgenden Lohnabbau vor:

für Ungelernte	2 Pf. pro Stunde
für Angelernte	3 Pf. pro Stunde
für Angelernte mit besonderer Tätigkeit	5 Pf. pro Stunde.

Wie wir erfahren, soll noch am Ende dieser oder im Laufe der nächsten Woche dieser Schiedsspruch verbindlich erklärt werden. Die Gewerkschaftsbürokratie tut alles, um diesen Streich gelingen zu lassen. Der Gesamtverband denkt nicht einmal daran, die Kollegen von dem erneut drohenden Lohnabbau zu informieren. Deshalb werden von ihm auch keine Versammlungen abgehalten.

Die Kollegen der Kämmereibetriebe dürfen dieses neue Diktat keinesfalls kampflos hinnehmen. **In allen Betrieben müssen sofort Versammlungen abgehalten werden, wo in der geschlossenen Einheitsfront aller Kollegen sofortige Kampfmaßnahmen beschlossen werden. Der Arbeiterrat der Steglitzer Kämmereibetriebe, der eine Entschließung zum gemeinsamen Kampf in roter Einheitsfront angenommen hat, gibt das Beispiel. Die Beschlüsse müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden.**

Nur sofortige Organisierung des Streiks in den Kämmereibetrieben kann die Durchführung des Lohnabbaus verhindern!

„Keinen Pfennig Tribut von deutschen Arbeitern"

Deutsche Papen-Regierung für Kriegsbündnis mit Frankreich gegen die Sowjetunion — Französische Kommunisten mit uns im Kampfe gegen die Kriegsgefahr und die Fesseln des Versailler Tributsystems

Paris, 8. Juni. In der Debatte zur Regierungserklärung des Kabinetts Herriot sprachen von der kommunistischen Kammerfraktion die Genossen Doriot und Péri.

Genosse Doriot brandmarkte die Arbeiterfeindlichkeit des innenpolitischen Kurses, den Herriot angedeutet hat, und ging dann auf die Militärpolitik ein. Die Besetzung des Kriegsministeriums durch Paul Boncour, die Beibehaltung Boncours als Mitglied der Genfer Delegation, die Solidarität, die zwischen dem Militärprogramm der Regierung und dem Tardieu-Plan besteht, beweisen, daß dieselbe, der allgemeinen Abrüstung feindliche Politik und das gleiche Wettrüsten fortgesetzt werden, die unter den Regierungen Poincaré, Tardieu und Laval durchgeführt wurden. Genosse Doriot fügte ironisch hinzu: „Radikaler Abbau der Kriegsbudgets? Daran wird die Radikale Partei wahrscheinlich dann erst denken, wenn sie wieder in der Opposition ist!"

Nach Doriot ergriff Genosse Gabriel Péri das Wort zu einer Analyse der Außenpolitik der Herriot-Regierung.

Im Verlaufe seiner Ausführungen erklärte Genosse Péri, daß die Kommunistische Partei Frankreichs keinen Pfennig für die militärischen Ausgaben bewilligen wird und es ablehnt, auch nur einen Pfennig als Reparationszahlungen vom deutschen Proletariat zu fordern.

Einmal keine nationalistischen Drohungen gegen das deutsche werktätige Volk in der französischen Kammer! Einmal keine Proklamation des „geheiligten Rechtes auf Reparationen"! Arbeiter, hört: eine solche Sprache für die Geknechteten und Ausgebeuteten, gegen jede soziale und nationale Unterjochung, einerlei, ob des werktätigen Volkes diesseits oder jenseits der Grenzen, sprechen in der ganzen Welt nur die Kommunisten. Keine andere Partei kann im anderen Land solche Reserven in ihrem Kampf aufweisen, auch die Sozialdemokraten überbieten sich in chauvinistischen Erklärungen: nur die Kommunistische Internationale hat in ihren Reihen Männer, die immer und überall für die Freiheit der Unterdrückten der ganzen Welt kämpfen.

Die Kampferklärung der französischen Kommunisten in der Kammer gegen ihre eigene Regierung hat in dem Moment um so größere Bedeutung, wo in Deutschland die Regierung Papen an der Macht ist, die den Kurs eines Kriegsbündnisses mit dem französischen Imperialismus vertritt, deren Reichskanzler im deutschen Herrenklub für einen Dreibund Deutschland-Frankreich-Polen eingetreten ist.

Die französische Regierung pocht immer wieder auf ihr „heiliges Recht" der Tributausplünderung des deutschen Volkes. Die deutsche Regierung plant Beteiligung an einem Dreibund Frankreich-Deutschland-Polen gegen die Sowjetunion, der nur die Verewigung der Sklavenketten von Versailles für die deutschen Werktätigen bringen kann. Jenseits der Grenzen stützen die Sozialdemokraten, diesseits stützen die Nationalsozialisten das Kabinett.

Gegen diese Front der kapitalistischen Regierungen und ihrer Lakaien steht die Front der klassenbewußten Arbeiterschaft. Nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in allen Ländern kämpfen unsere Brüder mit uns Schulter an Schulter gegen die Tributsklaverei und den drohenden Krieg gegen das einzige Land der sozialen und nationalen Freiheit der Werktätigen, das einzige Land, das sich außerhalb des Versailler Systems gestellt hat, die Sowjetunion.

Verteidigt mit uns die Sowjetunion! Ihr kämpft für die Beseitigung der Tributlasten, für unsere soziale und nationale Befreiung.

Lenin zum Solidaritätstag:

„Die internationale Solidarität des revolutionären Proletariats ist eine Tatsache, ungeachtet des schmutzigen Abschaums des Opportunismus und Sozialchauvinismus."

Heraus zum Internationalen Solidaritätstag am 12. Juni gegen Hunger und Krieg!

Das sind die Stoßbrigadler der Weltrevolution

Sowjetarbeiter antworten den Kriegstreibern

Freiwillige Anleihe „Viertes und letztes Jahr des Fünfjahrplans"

Moskau, 8. Juni. (Von unserem WB.-Redaktionsmitglied.) Das Proletariat der Sowjetunion hat einen neuen Beweis für seine revolutionäre Entschlossenheit abgelegt, mit der es an die Beendigung des ersten Fünfjahrplanes und die Schaffung der Voraussetzungen für den zweiten Plan geht. Zahlreiche Großbetriebe haben die Initiative ergriffen und fordern von der Sowjetregierung die Ausschreibung einer neuen Anleihe „Viertes und letztes Jahr des Fünfjahrplans", um neue Milliarden für den noch rascheren Aufbau des Sozialismus zu beschaffen. Dieses Opfer, das die Arbeiter der Sowjetunion zu den unzähligen bisher gebrachten auf sich nimmt, um das sozialistische Bollwerk des internationalen Proletariats in der Zeit des wütendsten Angriffs der faschistischen Reaktion noch besser auszubauen, zeigt die Arbeiter der Sowjetunion erneut als wahre Stoßbrigadler.

Es ist kein Zufall, daß gerade die Arbeiter von Magnitogorsk, die in den letzten Wochen so glänzende Erfolge hatten, in einer Massenversammlung die Initiative ergriffen. Die Arbeiter der Hochofenanlagen kleideten ihren Beschluß in schlichte Worte.

„Wir Hochofenarbeiter von Magnitogorsk haben die Beschlüsse der VII. Parteikonferenz durchgearbeitet und bitten anläßlich der Auflage der Anleihe „Drittes entscheidendes Jahr des Fünfjahrplans" um die Ausschreibung einer neuen Anleihe „Viertes und letztes Jahr des Fünfjahrplans".

Kaum erfuhren die übrigen Abteilungen der Magnitogorsker Werke hiervon, als sie in einer Vollversammlung denselben Beschluß faßten.

Dutzende anderer Betriebe in Moskau, Charkow, Kiew, in allen Teilen der Sowjetunion haben sich bereits in Massenversammlungen dem Vorschlag begeistert angeschlossen. Die Beschlüsse der Arbeiter spiegeln die Stimmung der Massen klar wider. Die Belegschaft von Dnjeprostroj hat beschlossen:

„Auf die Kriegsdrohungen antworten wir mit der Mobilisierung aller für den sozialistischen Aufbau."

Eine von hunderttausend Arbeitern des Samoskworetsker Stadtviertels in Moskau gewählte Delegation stattete dem Volkskommissar der Finanzen, Genossen Grinko, einen Besuch ab. Die Delegation übermittelte dem Genossen Grinko einen Vorschlag der Arbeiter ihres Rayons, über die Auflage der Anleihe des „vierten Abschlußjahres des Fünfjahrplanes".

Genosse Grinko schilderte der Delegation die gegenwärtige Finanzlage der Sowjetunion und betonte insbesondere, daß die Initiative der Arbeiter zahlreicher Großbetriebe und insbesondere der Samoskworetsker Arbeiter, in den breitesten Kreisen der Arbeiter und Kollektivwirtschafter die kräftigste Unterstützung findet. Während dieser Unterredung wurde der Unterschied zwischen den Anleihen des sozialistischen Aufbaus, die der Hebung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen dienen und den Anleihen hervorgehoben, die die kapitalistischen Staaten für den Ausbau des Militarismus, für blutige Kriege und für die Unterdrückung hunderter Millionen Werktätiger ausgeben.

Alarmmeldung vom Fernen Osten:

Frankreich will die Ostchinabahn

Unverhülltes Eingreifen Frankreichs in die Kriegsentwicklung an den Sowjetgrenzen

Schanghai, 8. Juni. Die Reuter-Agentur übermittelt eine aus einer glaubwürdigen Quelle in Tokio erhaltene Mitteilung über eine in nächster Zeit bevorstehende Mandschureireise des gegenwärtig in Tokio weilenden Vertreters der Französisch-Asiatischen Bank. Zweck dieser Reise soll die Erörterung der Frage über die „Rechte und Interessen Frankreichs" an der Ostchinabahn sein. Man teilt mit, daß bei „günstigem Verhandlungsverlauf" Frankreich dem von Japan geschaffenen Mandschureistaate eine Anleihe von 300 Millionen Frank zu „staatlichen Zwecken" zur Verfügung stellen werde. Frankreich will dafür den chinesischen Anteil an der Ostchinabahn verpfändet haben.

Ein offizielles Dementi des japanischen Außenministeriums bestätigt diese Meldung, indem es zugibt, daß französische Finanzleute „den Wunsch äußern, Kapitalien in der Mandschurei zu investieren".

Eine Meldung von weittragender Bedeutung! Sie ist eine indirekte Bestätigung des zwischen Japan und Frankreich abgeschlossenen Kriegsbündnisses. Offenbar geht Frankreich die Entwicklung der kriegerischen Ereignisse an der Sowjetgrenze zu langsam. Es will selbst eingreifen.

Was bezweckt die Anleihe an den von Japan geschaffenen mandschurischen Schattenstaat? Unter Berufung auf die Wahrung seiner Interessen in der Mandschurei will Frankreich seine Beamten nach Mukden, Tschangtschung und Charbin entsenden.

Was bedeutet die Forderung auf Verpfändung des chinesischen Anteils der Ostchinabahn an Frankreich? Frankreich will die Provokationen der Sowjetunion, die es bisher den Japanern und Weißgardisten überließ, selbst in die Hand nehmen. Es will unter dem Vermand der „Bedrohung seiner Interessen an der Ostchinabahn" französische Truppen an die Sowjetgrenze im Fernen Osten entsenden können. Es will mit einem Schein von „Recht" volle Freiheit des Eingreifens auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz bekommen.

Chiles Arbeiter fordern Waffen

Das Proletariat präsentiert der neuen Regierung seine eigenen Klassenforderungen

Neuyork, 8. Juni. Die Arbeiterschaft von Chile ist auf den Plan getreten. Eine von 30 000 Arbeitern besuchte Versammlung der revolutionären sozialistischen Union hat der neugebildeten Regierung ihre Forderungen überreicht. Die bürgerlichen Meldungen verzeichnen zwei dieser Forderungen: Bildung einer revolutionären Garde unter Kontrolle der Arbeiterverbände und Vertretung der Arbeiterschaft, die die Durchführung ihrer wirtschaftlichen Forderungen sicherstellen und gleichzeitig der Bürgerklasse vor Augen führen soll, daß sie gestürzt worden sei.

Nach Schluß der Versammlung marschierten Tausende von Arbeitern vor das Präsidentenpalais, wo sie stürmisch die „Bewaffnung des Proletariats" und „radikale Aenderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft" forderten. Im Auftrage der Regierung sprach Matte zu den Massen. Er erklärte, „die Umwälzung sei eine grundlegende Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Regierung betrachte es als ihre vornehmste Aufgabe, jedem einzelnen Bürger ausreichende Nahrung zu sichern und ihm eine menschenwürdige Wohnung zu gewährleisten."

Gleichzeitig hat die Regierung Davilo jedoch eine Erklärung herausgegeben, daß sie — entgegen ihrer ersten Ankündigung — keine sofortige Auflösung des von Nordamerika beherrschten Salpetertrusts, der Cosach, beabsichtigte, sondern nur eine Reorganisation und daß sie für die in der Cosach investierten ausländischen Kapitalisten, wie überhaupt für alle Auslandsschulden, volle Garantie übernehmen werde.

Das Proletariat stellt seine Klassenforderungen. Es verlangt die Waffen, um die Durchführung seiner Forderungen zu sichern. Nur eine Regierung der proletarischen Diktatur kann diese Forderungen erfüllen. Die neue Regierung in Chile, die dem Proletariat antikapitalistische Maßnahmen verspricht, aber zweifellos nur die Interessen der nationalen Bourgeoisie zu vertreten gewillt ist, wird vom Proletariat gestellt. Unter der wachsamen Kontrolle der revolutionären Arbeiter wird sich ihr wahrer Charakter rasch enthüllen müssen.

Der Umsturz in Chile hat eine neue Etappe weltgeschichtlicher Bedeutung der Entwicklung in Südamerika eingeleitet.

Sturm gegen die Weißbanditen

Warschau, 8. Juni. Wie gemeldet wird, haben in Warschau stürmische Kundgebungen gegen die russischen Weißgardisten stattgefunden, in deren Verlauf die Menge vor die Redaktion des Emigrantenblattes „Molwa" zog und ihrer Empörung durch das Einwerfen der Fensterscheiben Luft machte.

Memel-Prozeß im Haag

Den Haag, 8. Juni. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof begannen heute vormittag die öffentlichen mündlichen Verhandlungen im Konflikt Memel-Litauen wegen der willkürlichen Absetzung des memelländischen Präsidenten durch den litauischen Gouverneur.

Internationales Finanzkapital fordert Inflation in Oesterreich

Nach bürgerlichen Pressemeldungen haben die internationalen Finanzkapitalisten, die der Oesterreichischen Kreditanstalt große Beträge geborgt haben, die „Anregung" gegeben, Oesterreich soll den Wert seines Geldes herabsetzen.

Der langjährige englische Innenminister Joynson Hicks, in dessen Amtszeit unter anderem der Ueberfall auf die sowjetrussische Handelsgesellschaft Arcos fiel, ist gestorben.

Was geht in der Berliner SPD. vor?

„Linke" Manöver der SPD.-Führer auf der Funktionärkonferenz — Stürmische Zustimmung zur Verteidigung der Sowjetunion — Wir reichen allen sozialdemokratischen Arbeitern die Hand zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf!

Unter den Arbeitern der Sozialdemokratischen Partei gärt und wühlt es. Die Enttäuschungen, die diese Arbeiter in den letzten Wochen erlebt haben, hämmerten ihnen ins Bewußtsein, daß der Faschismus grade infolge der Tolerierungspolitik der SPD. so groß geworden ist. Die Tatsache, daß Hindenburg, dem die SPD.-Arbeiter vor wenigen Wochen ihre Stimme gaben, jetzt die Generalsdiktatur einsetzt, hat Millionen sozialdemokratischer Wähler die Augen geöffnet.

Unter diesem Massendruck greifen die sozialdemokratischen Führer zu neuen „linken" Manövern. Die in der SPD. schon recht verstaubten und abgelegten alten Ladenhüter „Klassenkampf" und „Sozialismus" werden wieder hervorgeholt, um die Arbeiter darüber zu täuschen, daß die SPD. nach wie vor für die Erhaltung des kapitalistischen Systems kämpft.

All diese Erscheinungen traten kraß zutage in der Groß-Berliner Funktionärversammlung der SPD., über die der „Vorwärts", wie gewöhnlich, einen nur unvollständigen Bericht bringt. Wir wollen darum einige der wichtigsten Probleme dieser Konferenz behandeln.

„Minutenlanges Beifallsklatschen"

Der Höhepunkt dieser Funktionärkonferenz war zweifellos eine Stelle in der Rede Breitscheids und die darauf einsetzende spontane Begeisterung der Funktionäre. Breitscheid, der alte Feind der Sowjetunion, war zu folgenden Worten gezwungen:

„Man scheint nicht zu wissen, daß es keinen Arbeiter gibt, der, wie er auch zu Sowjetrußland steht, einem solchen antirussischem Abenteuer seine Zustimmung geben würde."

Selbst der „Vorwärts" ist gezwungen, an dieser Stelle mitzuteilen: „Minutenlanger Beifall". Tatsächlich brach ein solch spontaner Beifallssturm los, wie er nicht nur an diesem Abend, sondern auch sonst in SPD.-Versammlungen nicht zu verzeichnen ist. In dieser begeisterten Zustimmung enthüllte sich die wahre Einstellung der SPD.-Arbeiter zur Sowjetunion. Die jahrelange Hetze der SPD.-Führer gegen das sozialistische Vaterland aller Werktätigen hat nicht vermocht, die Liebe der sozialdemokratischen Arbeiter zur Sowjetunion zu unterdrücken.

„Endlich Schluß mit der Tolerierung!"

In zahlreichen Zwischenrufen bei den Referaten von Breitscheid und Heilmann zeigte sich deutlich die Abscheu der SPD.-Arbeiter vor der Tolerierungspolitik. Mit lahmen Worten versuchte Breitscheid zwar, diese Politik zu verteidigen, mußte aber zugeben, daß die Tolerierung das Anwachsen des Faschismus nicht verhindern konnte. Breitscheid verstieg sich dabei sogar zu der Erklärung: „Jetzt beginnt erst die revolutionäre Epoche!"

Als Heilmann zu der Frage, ob Hindenburg einen Regierungskommissar in Preußen einsetzen werde, sagte: „Ich weigere mich, zuzugeben, daß Hindenburg je etwas derartiges tun würde," da setzte ein solch wütender Proteststurm der Funktionäre ein, daß

Heilmann minutenlang nicht weiterreden

konnte. Unter dem Eindruck dieses einmütigen Protestes versuchte Heilmann, sich dann zwar zu revidieren. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die Führer der SPD. nach wie vor fest zu Hindenburg halten. Danach kann man auch alles radikale Gerede bemessen.

KPD. verhindert Nazi-Regierung

Eine für ihn gewiß unangenehme Ueberraschung erlebte Heilmann, als er zugeben mußte, daß die Kommunisten durch Ablehnung der Geschäftsordnungsänderung im Preußischen Landtag eine Naziregierung verhindert hätten. An dieser Stelle erscholl nämlich von vielen Seiten lautes Bravorufen und Händeklatschen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben die Richtigkeit der kommunistischen Taktik, mit allen Mitteln eine Naziregierung zu verhindern, vollkommen begriffen. Ein neuer Ansporn für uns, weiter vorzustoßen und die sozialdemokratischen Arbeiter außerparlamentarisch in die Antifaschistische Aktion einzureihen.

Heilmann versuchte, diese Stimmung der SPD.-Arbeiter zu bekämpfen mit der Lüge, daß wir zwischen Wels und Hitler keinen Unterschied machen. Dabei entschlüpfte ihm folgendes wichtige Geständnis: „Ihre (der KPD.) Behauptung, zwischen Wels und den Faschisten sei kein Unterschied, wäre zu vertreten (!), wenn es sich darum handelte, ob morgen die proletarische Diktatur kommt. Aber darum geht es ja nicht. Es handelt sich um die Verteidigung gegen die Wiederkehr der Junker und Prinzen."

Dies Geständnis Heilmanns ist nach zwei Seiten hin außerordentlich bedeutungsvoll. Einmal gibt Heilmann zu, daß die SPD. genau so ein Todfeind der proletarischen Diktatur ist wie der Faschismus. Zum andern beweist Heilmann mit diesem Geständnis, daß es der SPD. nur darauf ankommt, die Arbeiter einzuspannen für die Erhaltung der kapitalistischen Republik, deren Segnungen die deutsche Arbeiterklasse in den letzten dreizehn Jahren zur Genüge erfahren

Was die SPD.-Führer nicht sagten

Das Entscheidende aber an den Referaten von Breitscheid und Heilmann ist das, was sie nicht sagten. Mit keinem Wort reden sie vom Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau, mit keinem Wort forderten sie außerparlamentarische Aktionen gegen die weitere Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Die SPD.-Führer hüten sich, an die Klassenkraft des Proletariats zu appellieren.

Und darauf gerade kommt es heute an! Nicht innerhalb des Parlaments fallen die Entscheidungen für die deutsche Arbeiterklasse. In den außerparlamentarischen Kämpfen wird über Löhne und Unterstützungssätze, wird über die politischen Freiheiten für das Proletariat entschieden. Diesen Kampf führt aber allein die Kommunistische Partei.

Die große Lehre der Berliner Funktionärkonferenz für die sozialdemokratischen Arbeiter ist die, dem Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Partei zuzustimmen. Wir reichen allen sozialdemokratischen Arbeitern die Hand zum gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus. Schlagt ein! Schließt die Reihen, und wir werden gemeinsam die endgültige Machtergreifung Hitlers verhindern und den Faschismus in die Mäuselöcher zurücktreiben, in die sich die Barone und Prinzen mitsamt ihren heutigen Hitlerlakaien 1918 verkrochen hatten.

Sozialdemokratische Rote Helfer rufen zur Antifaschistischen Aktion

Schluß mit dem faschistischen Terror! — Massensolidarität mit den antifaschistischen Kämpfern!

Der Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zur Antifaschistischen Aktion findet überall begeisterten Widerhall bis weit in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter. Sie fühlen, jetzt muß gehandelt werden. Aus zwei Ortsgruppen, Stendal und Wesenberg, haben einige sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, die in der Roten Hilfe mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern gemeinsam den Kampf gegen den Faschismus und die bürgerliche Klassenjustiz führen, die Initiative ergriffen und nachfolgenden Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter gerichtet:

„Als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Roten Hilfe wenden wir uns an alle unsere Parteigenossen, an alle kommunistischen, parteilosen und Reichsbannerarbeiter.

Durch den ungeheuren Lohn- und Unterstützungsabbau mit Hilfe der Notverordnungen ist das Elend in unseren Reihen bis zur Unerträglichkeit gestiegen. Alle sind wir in gleichem Maße davon betroffen.

Gleichzeitig versuchen die faschistischen Banden Hitlers, durch feige Mordüberfälle und brutalen Terror die Front des kämpfenden Proletariats zu schwächen. Seit dem Jahre 1930 wurden 145 Arbeiter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose, durch die SA.-Banden ermordet. Nirgendwo ist ernstlich die Justiz gegen die Nazis vorgegangen. Die wenigen Urteile, die gegen die Nazis „im Namen des Volkes" gefällt wurden, schlagen dem Empfinden der Arbeiterklasse direkt ins Gesicht und ermutigen die Nazis zu neuen Gewalttaten gegen die Arbeiter.

Aber 8000 antifaschistische Arbeiter, Parteilose, Kommunisten, Sozialdemokraten, sind verurteilt worden und schmachten in den Gefängnissen und Zuchthäusern Deutschlands. Täglich werden die Urteile gegen Antifaschisten brutaler und härter. Wir dürfen nicht tatenlos beiseite stehen und zulassen, daß die Besten der Arbeiterklasse in den Kerkern zugrunde gerichtet werden.

Getreu den alten sozialistischen Grundsätzen, daß die bürgerliche Klassenjustiz ein Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft und ein Mittel zur Durchführung der faschistischen Diktatur ist, fordern wir alle Werktätigen ohne Unterschied der Partei auf:

Schließt euch fest zusammen zum Kampf gegen den uns alle bedrohenden faschistischen Terror!

Kämpft um die Befreiung der eingekerkerten Antifaschisten!

Wir haben bei uns in Stendal in der faschistischen Altmark und in Wesenberg im reaktionären Mecklenburg die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes erkannt. In der Roten Hilfe stehen wir Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose fest zusammen. Wir begrüßen ganz besonders den Aufruf der Kommunistischen Partei zur Antifaschistischen Aktion. Folgt überall unserem Beispiel.

Schluß jetzt mit dem faschistischen Terror!

Weg mit allen Notverordnungen und Unterdrückungsgesetzen gegen die Arbeiterklasse!

Rote Einheitsfront gegen kapitalistische Justiz, faschistischen Terror und Polizeiwillkür!

Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Massensolidarität mit den Opfern des faschistischen Terrors!

Hinein in die Rote Hilfe!

Otto Voigt, Stendal, Mitglied des Reichsbanners seit 1. 4. 1927.
Willi Herpel, Stendal, Mitglied des Reichsbanners seit 1929.
Otto Müller, Stendal, Mitglied des Reichsbanners seit 1926.
Walter Kersten, Stendal, Mitglied des Reichsbanners seit 1928.
Alois Katzenellenbogen, Stendal, Mitglied des Reichsbanners seit 1929.
Hermann Lemke, Stendal, Mitglied der SPD. seit 3. 1. 1928.
Karl Meyer, Stendal, Mitglied der SPD. seit 16. 4. 1926.
Otto Schönemann, Stendal, Mitglied der SPD. seit 1930.
Gustav Gruß, Stendal, Mitglied der SAP.
Walter Pfeiffer, Stendal, Freie Turner.
Adolf Scheel, Stendal, SAP.
Friedrich Stolpe, Wesenberg i. M., Mitglied der SPD. seit 1919.
Karl Ballin, Wesenberg i. M., Mitglied der SPD. seit 1918.

Antikommunistische Lügen

Das Zentralkomitee der KPD. teilt mit:

Im „Berliner Tageblatt" vom 5. Juni und anderen bürgerlichen Zeitungen wird eine Meldung unter der Ueberschrift „Gerüchte über Aktionspläne der KPD." wiedergegeben: Nach dieser Meldung wird das Gerücht verbreitet, daß die Kommunistische Partei „Hungermärsche und Geschäftsplünderungen von Arbeitslosen organisiere". Das Zentralkomitee der KPD. erklärt dazu, daß alle derartigen Gerüchte zu den üblichen Verleumdungen gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung gehören. Mit derartigen Schwindelnachrichten soll die Stimmung für Repressalien gegenüber der KPD. vorbereitet werden.

Die Kommunistische Partei hat es nicht nötig, irgendwelche geheimnisvollen „Aktionen" zu organisieren. Sie setzt alle ihre Kräfte in voller Oeffentlichkeit dafür ein, entsprechend dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD. vom 25. Mai und dem Wahlaufruf der Partei vom 5. Juni, die Massen des Proletariats und der Werktätigen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion zur roten Einheitsfront zusammenzuschweißen. Das Ziel der Antifaschistischen Aktion ist die Organisierung des Massenkampfes der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen und Werktätigen aller Schichten **gegen die geplanten faschistischen Maßnahmen der Regierung, der Einsatz der Massen gegen jeden Versuch des Hitlerfaschismus, zur Macht zu gelangen, und die entschlossene Abwehr des faschistischen Mordterrors.**

Alle unsinnigen Gerüchte über „Geschäftsplünderungen der KPD." usw. sind dazu bestimmt, im Interesse des Faschismus den antifaschistischen Kampf der KPD. zu beeinträchtigen.

Theoretische Schulung: Hochverrat!

Aufsehenerregender Prozeß gegen proletarischen Kursuslehrer vor dem Reichsgericht

Zwei Jahre Festung beantragt und verhängt

Leipzig, 8. Juni. Das Reichsgericht unter Vorsitz des der Arbeiterschaft verhaßten Herrn Baumgarten, der auch Scheringer verurteilt hat, verhandelte gestern und heute gegen den Genossen Adolf Rembte. Genosse Rembte, der wegen Beteiligung am Hamburger Oktoberaufstand 1923 bereits 2½ Jahre Festungshaft abgesessen hat, wurde wegen Veranstaltung eines theoretischen Schulungskursus mit den Themen: „Imperialismus und Weltwirtschaftskrise", „Marx und die neue Staatstheorie", „Proletariat und Bauerntum", „Sozialfaschismus und Faschismus" heute zu zwei Jahren Festung verurteilt.

Genosse Rembte hatte erklärt, daß, wenn ein theoretischer Kursus Hochverrat sei, die parlamentarische Tätigkeit der KPD. und sogar schon die Wahlagitation hochverräterisch wären. Worauf der Vorsitzende erwiderte, daß die parlamentarische Tätigkeit der KPD. wirklich Hochverrat sei.

Mit der Begründung, die Einrichtung der Kurse sei einem Seminar zur Schulung von Führern für die Vorbereitung des Hochverrats gleichzusetzen, beantragte der Vertreter des Oberreichsanwalts zwei Jahre Festung. Selbstverständlich ging das Reichsgericht nicht um einen Tag unter diesen Antrag. Ja, es hat die Stirn, Rembte in der Urteilsbegründung vorzuwerfen, daß er, aus Moskau kommend, das „deutsche Gastrecht schnöde mißbraucht" habe, was ganz besonders verwerflich sei.

Dabei ist Genosse Rembte ein Hamburger Bäckerarbeiter. Solange er sich ausbeuten ließ, war von Mißbrauch des Gastrechtes in Deutschland nicht die Rede. Das kommt erst dann in Frage, wenn es sich um die Veranstaltung marxistisch-leninistischer Kurse handelt.

Das neue Leipziger Urteil eröffnet liebliche Perspektiven; es stempelt, wichtige Vorarbeit für das geplante KPD.-Verbot leistend, jede kommunistische Parteischule einfach zum Hochverrat. So dekretieren es die Richter von Leipzig, die in ihrem Amt nicht angetastet zu haben, das Verdienst der SPD.-Führer ist.

Ja, wenn das Nazis gewesen wären . . .

Leipzig, 7. Juni. Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Arbeiter Otto Pfaff aus Liegnitz zu 1 Jahr 4 Monaten Festung und den Hoteldiener Helmut Jänicke aus Liegnitz zu 2 Monaten Gefängnis. Ursache: Fund einiger Waffen und Broschüren. — Wenn es sich um Nazis gehandelt hätte, wären sie vielleicht noch belobigt worden.

Wer einem Nazi das Mützenband abreißt, erhält ein Jahr Gefängnis!

Braunschweig, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf Antrag des Staatsanwalts des Amtsgerichts Braunschweig wurde ein Jungbannermann zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Zwischen einem nationalsozialistischen Schüler und ihm war es vor einiger Zeit zu einer Prügelei gekommen, in deren Verlauf der Jungarbeiter dem Nazischüler ein Mützenband abgerissen hatte. Das Gericht verhängte die obengenannte Strafe wegen — „Straßenraub".

Während Ueberfälle von SA.-Banden auf Jungpioniere in Braunschweig nicht einmal polizeilich verfolgt wurden, wird dieses Terrorurteil gegen einen Jungarbeiter gefällt! Könnt ihr, Reichsbannerproleten, angesichts solcher Unverfrorenheit noch zögern, mit uns Kommunisten zu marschieren, um proletarische Ordnung zu schaffen?

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Fendrich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer E 1, Berolina 5481

Wir erobern die Betriebe

Nummer 125 2. Beilage — Donnerstag, 9. Juni 1932

Antrag auf Stillegung von Bergmann-Seestraße und Bergmann-Rosenthal

Verhindert die Stillegung von Bergmann!

3000 Arbeiter und Angestellte sollen aufs Pflaster geworfen werden, wegen der Dividenden-Interessen von AEG. und Siemens

Enthüllungen eines höheren Bergmann-Angestellten über die Hintergründe des Stillegungsantrags und die Geldverschwendung

(Angestelltenkorrespondenz)

Ein höherer Angestellter der Bergmann-Elektrizitäts-AG. schreibt der „Roten Fahne" folgende Ausführungen über die Hintergründe und Einzelheiten der Bergmann-Stillegung:

3000 Arbeiter und Angestellte aufs Pflaster!

Wie wir erfahren, haben die Bergmann-Elektrizitätswerke beim Gewerberat einen Antrag auf Stillegung ihrer gesamten Betriebsabteilungen gestellt. Am Sonnabend, dem 4. Juni, fand bereits eine Besprechung mit dem Gewerberat, dem Betriebs- und Angestelltenrat, den Vertretern der Gewerkschaft und der Leitung der Firma darüber statt, die jedoch ergebnislos verlief, da der Gewerberat in Anbetracht der Wichtigkeit einer derartigen Entscheidung und auf Grund des vorliegenden Materials erklärte, den Entscheid des Oberpräsidenten hierzu einholen zu müssen.

Die Schließung des Betriebes wäre von katastrophaler Bedeutung nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern müßte Kommune und Staat erneut schwer belasten. Beschäftigte Bergmann doch noch vor kurzem rund 3000 Arbeiter und Angestellte (während der Konjunktur 1927/28 etwa 15 000). Bereits in der vor kurzem stattgefundenen Aufsichtsratssitzung schien man durch die Bekanntgabe eines 20-Millionen-Verlustes darauf vorbereiten zu wollen. Gegenwärtig wäre der Zustand so, daß der größte Teil der Betriebe „mit Verlust arbeite".

AEG. und Siemens treten auf den Plan

Es ist unbedingt notwendig, daß hier einmal klar hinter die Kulissen geschaut wird. Was sich hier abspielt, ist das Treiben der kapitalistischen Wirtschafts- und Konzernpolitik: Siemens und AEG. sind die tonangebenden Firmen der deutschen Elektrizitätsindustrie, wobei die Bergmann-Werke jedoch bisher auch eine beachtliche Rolle spielten. Die beiden Firmen sicherten sich deshalb beizeiten einen Anteil an den Bergmann-Aktien; solange die Geschäfte gut gingen und Bergmann gehörige Dividenden abwarfen, war die Sache gut. Als sie aber im vorigen Jahr ausblieben, brauchte man den lästig werdenden Konkurrenten nicht mehr. **SSW. und AEG., die beide zusammen die Aktienmajorität besaßen, einigten sich dahingehend, daß sie jeder einen Direktor in den Vorstand entsandten, die mit rücksichtsloser Rationalisierung (die übrigens bereits schon lange vorher eingesetzt hatte) alle Abteilungen schloß, die ihnen nicht einträglich genug erschienen oder die den Inhaberfirmen bei ihrer Offertabgabe als Mitbewerberin lästig fiel.**

Der gewünschte Erfolg trat nicht ein, nein, konnte gar nicht eintreten. Diese kapitalistischen Wirtschaftsführer kennen nämlich nur eine, falsche Seite der Rationalisierung: Arbeiter und kleine Angestellte rücksichtslos aufs Pflaster werfen. **Aneinander trauen sie sich nicht heran — lieber für einen austretenden Direktor zwei neue aus ihrer Clique einstellen. Der ausscheidende Direktor kriegt aber ein Riesengehalt für mindestens fünf Jahre auf Grund vorsichtiger Verträge nachgezeuert. Das ist es, was ein Betrieb nicht ertragen kann!**

Wie Verluste entstehen?

Wie diese Direktion bei der Bergmann-Elektrizitäts-AG. haust, wie sie die Gelder der AG. verpulvert, das ist wirklich haarsträubend. Und wenn man Bergmann sanieren will, dann muß man bei der Direktion, bei der Leitung anfangen.

Die soll sich nur selber abbauen — und schon gibt's wieder Gewinn! Hoffentlich besteht der Gewerberat darauf und läßt sich zeigen, was in den Handelsunkosten für Gehälter, Tantiemen, Spesen für die Direktion enthalten sind und bringt das an die Oeffentlichkeit.

Mindestens 100 000 Mark Jahresgehalt und ebensoviel Tantiemen für einen Direktor und zwanzig Mark Wochenlohn für einen Arbeiter bei Kurzarbeit, das sind die zwei Gesichter dieser herlichen Industrieunternehmungen.

Und so ein Betrieb, der jetzt etwa zweitausend produktive Arbeiter zählt, hat zur Zeit fünf ordentliche dieser Direktionsdrohnen neben einer stattlichen Anzahl von Verkaufsdirektoren und Prokuristen (siehe den verhafteten Devisenschieber Haßler) zu ernähren, wozu noch vier weitere abgeschobene Direktoren kommen, für die die Firma das Gehalt zahlt. (Wobei gleichgültig ist, ob sie auf einmal abgefunden worden sind oder auf Stottern abgezahlt werden.)

Vielleicht beachten der Herr Gewerberat und der Herr Oberpräsident die intelligente Wirtschaftsführung dieser tüchtigen Direktoren, die darin besteht, **den gesamten Maschinenpark aus den Fabriken in der Seestraße herauszureißen und nach Rosenthal zu verfrachten und dasselbe Schauspiel ein halbes Jahr später in umgekehrter Reihenfolge zu wiederholen; vielleicht damit die Maler inzwischen besser streichen konnten! Dieser kleine Spaß hat zwei Millionen Mark gekostet! Und vielleicht versteht die Welt auch besser, wie 20 Millionen Verluste entstehen konnten!**

Wobei freilich die vorhergehenden Bilanzen in ihrer viel zu hohen Bewertung aller Bestände (wir wollen nicht sagen Frisierung) und der jetzigen radikalen Abschreibung wesentlich mit dazu beigetragen haben. (Diesmal hatte man kein Interesse daran, eine günstige Bilanz herauszustellen, da sie einer Stillegung im Wege gestanden hätte!)

Wir Bergmann-Arbeiter lassen unsere Betriebe nicht stillegen!

Ein durchrationalisierter Großbetrieb

Es ist übrigens ein glatte Lüge, wenn jetzt behauptet wird, daß die Betriebe mit Verlust arbeiten. Wer weiß, wie die Werkstätten eingerichtet sind, die Maschinen zum Beispiel restlos mit einzelmotorischem Antrieb ausgestattet, die Fabrikation und Montage aller Teile, wo nur irgend möglich mit laufenden Bändern ausgerüstet sind, **wird bestätigen können, wie technisch äußerst rationell der Betrieb arbeitet.**

Und wer weiß, welch ein wahnsinniges Antreibersystem mit Fließarbeit und rücksichtslos heruntergedrückten Akkordlöhnen bei Bergmann eingeführt ist, und diese Fabrikationskosten mit den enorm hohen Preisen der Erzeugnisse vergleicht, der muß allerdings sagen, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft bis zum Weißbluten ausgebeutet ist, aber über die sogenannten Verluste recht nachdenklich wird.

Drosselung der Produktion

Und man wird vielleicht klarer über die Verluste der Bergmann-AG. urteilen können, wenn man weiß, daß Aufträge massenhaft abgelehnt werden müssen, weil eben die Konkurrenzfirmen, die Großaktionäre sind, es so verlangen.

Es ist ein Skandal sondergleichen, wenn Aufträge in das Ausland abwandern, weil man Bergmann verbietet, bestimmte Fabrikate weiter zu bauen (Großmotoren, Dynamos, Turbinen, Großtransformatoren), da sie SSW. und AEG. lieber allein bauen. Nur kauft nicht jeder —, und darunter viele ausländische Auftraggeber — SSW.- und AEG.-Fabrikate, der Bergmann haben will.

Es wäre ein Verbrechen, diese Stillegung nicht zu verhindern. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft darf nicht das Opfer dieser kapitalistischen Interessen- und Konzernpolitik werden.

*

Zu diesen Ausführungen bemerken wir, daß nur die rote Einheitsfront aller Arbeiter und Angestellten des Bergmann-Konzerns, ihr zäher Widerstand, ihr gemeinsamer Kampf mit den Erwerbslosen, allein diese mörderischen Pläne der Großkapitalisten durchkreuzen können.

Bergmann lehnt Millionen-Sowjetaufträge ab

Die Rolle der Siemens und AEG. — Nazis für die Stillegung

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Dienstag, dem 7. Juni, fand eine Sitzung der RGO.-Kollegen von der Firma Bergmann statt, in der über die geplante Stillegung des genannten Betriebes und über Abwehrmaßnahmen gesprochen wurde. Ein Kollege gab einen Bericht über die am Sonnabend, dem 4. Juni, stattgefundene Besprechnung, bei der ein Vertreter der Firma, ein Vertreter des Gewerberats, ein Vertreter des DMV. und je ein Vertreter vom Butab, Verband weiblicher Angestellter, DHV., der Werkmeisterverband und ein Vertreter des EVMB. erschienen waren. Der Syndikus der Firma Bergmann, ein Herr Stephani, begründete den Stillegungsantrag der Firma damit, indem er erklärte, daß Bergmann in der letzten Zeit fast gar keine Aufträge erhalten hätte und wenn, solche, bei denen die Firma mit Verlust gearbeitet hätte.

Nach dieser Erklärung fragte unser Vertreter — was dem Herrn vom Gewerberat sehr unangenehm war —, **ob die Firma in der letzten Zeit Sowjetaufträge erhalten habe, und ob diese von der Firma abgelehnt worden seien. Stephani, der dieses in einer vorhergegangenen Sitzung zugegeben hatte, verneinte die Frage unseres Genossen.**

Der DMV.-Vertreter erklärte in der betreffenden Sitzung, daß er der Auffassung sei, **daß man schließlich gegen die bevorstehende Stillegung nichts machen könne, was auch zwecklos sei, aber die Firma müsse den Arbeitern und Angestellten eine Abfindung zahlen. Auch die anderen Vertreter waren dieser Auffassung.**

Zu den Ausführungen von Stephani ist folgendes zu sagen: Es steht fest, daß die Firma Bergmann Sowjetaufträge in Höhe von etwa 200 Millionen Mark erhielt, die sie aber mit einer fadenscheinigen Begründung ablehnte. Ferner ist es eine Tatsache, daß die Sowjetunion der Firma einen Auftrag auf Umbau von Generatoren gegeben hat, der gleichfalls nicht ausgeführt wurde.

Ständig wird den Angestellten der Firma eingeschärft, keine Aufträge entgegenzunehmen und wenn welche eingehen, diese abzulehnen. Allerdings darf in der Ablehnung nicht vermerkt werden, warum dies geschieht.

Ferner muß mitgeteilt werden, daß **die Firma Siemens und die AEG. (die Hauptaktionäre der Firma sind) weitgehendst daran interessiert sind, daß Bergmann stillgelegt wird. In der letzten Zeit schanzte Siemens der Firma Bergmann solche Aufträge zu, die unbedingt zu Verlusten führen mußten.**

Als in der obengenannten Sitzung sämtlicher Vertreter unser Genosse Hase den Herrn Stephani fragte, wie das Verhalten der Firma Siemens zu erklären sei, erklärte dieser: **„Ja, meine Herren, ich könnte Ihnen Auskunft geben, wenn ich in den Kopf von Herrn v. Siemens hineingucken könnte."**

Die Versammlung hat beschlossen, eine große Bewegung mit den Arbeitern der beiden Werke und mit den Erwerbslosen (wo die Erwerbslosen, die bei Bergmann beschäftigt waren, in erster Reihe in Frage kommen) zu organisieren, um die drohende Stillegung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Die Anträge werden in der heutigen Betriebsversammlung eingereicht.

Es muß noch angenagelt werden, daß weder die Nazis bei Bergmann, noch der „Angriff" auch nur ein einziges Sterbenswörtchen zu diesem Fall zu sagen haben und damit diese Stillegung unterstützen. Das ist das „Dritte Reich!"

Roter Sport

Fußball der Woche

Eintracht—Roter Stern-Neukölln

Heute Donnerstag, den 9. Juni, spielen im Neuköllner Stadion, Platz 5, die Vereine Eintracht und der neue Verein Roter Stern-Neukölln ein Gesellschaftsspiel. Dieses Spiel ist insofern von Bedeutung, weil der junge Verein bereits sein Können gegen Berolina (mit 3:1 gewonnen und gegen NBC. knapp verloren) und NBC. unter Beweis gestellt hat. Daher wird sich ein Besuch des Spieles lohnen. Beginn des Spieles ist 18 Uhr.

Brandis (Sachsenmannschaft) bei Lichtenberg III

Sonnabend, den 11. Juni, weilen die Sachsen in Berlin, um Lichtenberg 3 das Rückspiel zu liefern. Die Mannschaft ist bekannt, weil sie den Spitznamen „Riesenmannschaft" trägt, der weit über Sachsen hinaus bekannt ist; sie besteht aus durchweg übergroßen Fußballspielern, die aber auch über eine fabelhafte Schnelligkeit verfügen. Lichtenberg 3 weilte auf der Tournee in Brandis und konnte nur ein Unentschieden erzielen. Das Resultat gegen die Leipziger Städtemannschaft mit dem Unentschieden von 1 : 1 zeugt von der Güte der Mannschaft. Vor diesem Spiel treffen sich Rot-Weiß und die Reservemannschaft Lichtenbergs. Das Hauptspiel beginnt um 17.30 Uhr.

Hockeyspieler rüsten zum Städtespiel

Am 25. und 26. Juni findet das Städtespiel gegen Leipzig statt. Zu diesem Spiel ist das beste Spielermaterial Berlins herausgesucht und wird sich die Mannschaft in einem Probespiel gegen Schmargendorf kombiniert mit Charlottenburg, **heute, Donnerstag, 9. Juni,** 18.30 Uhr, auf dem Fehrbelliner Platz versuchen. Bei dem ersten Spiel konnte man feststellen, das in der B.-Mannschaft genau so gutes Spielermaterial vorhanden war wie in der A.-Mannschaft. Man hat nun die besten Spieler herausgenommen und sie in die A.-Mannschaft eingereiht. Heute wird es sich nun zeigen, ob sie dazu berechtigt sind, die Farben von Berlin in Leipzig würdig zu vertreten. Dieses Spiel wird eines der besten werden, die man in unserer Bewegung je zu sehen bekommen hat. Das Vorspiel ist ebenfalls interessant. Es stehen sich die 2. Mannschaften von Schmargendorf und Pankow 08 gegenüber. Alle Hockeyspieler dürfen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, zwei solche interessante Spiele anzusehen.

Landestreffen der sporttreibenden Jugend verboten

Bundesschießen eines faschistischen Schützenvereins als Grund vorgeschoben

Die sporttreibende Jugend bereitete zum 18. und 19. Juni in Bernau ein Treffen aller werktätigen Jungsportler vor. Die rote Sporteinheitsfront der Jugend sollte in Bernau aufmarschieren gegen die Absichten der Bourgeoisie, die Arbeitsdienstpflicht für die werktätige Jugend einzuführen und die Jugendsportorganisationen zu verstaatlichen. Die Jungsportler der reformistischen, bürgerlichen und roten Sportvereine entfalteten eine rege Agitation, um das Treffen zu einem Massenaufmarsch gegen Militarisierung und Faschisierung der Jugend zu gestalten.

Diesen Massenaufmarsch fürchtet die Bourgeoisie; darum hat der Bürgermeister von Bernau das Treffen verboten. Der Bernauer Leitung wurde ein Schreiben zugestellt, in dem mitgeteilt wird, daß der Barnimer Schützenbund ein Bundesschießen veranstaltet und daß auf Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politisch besonders gespannten Lage die Besorgnis besteht, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört wird.

Aus diesem Grunde, auch aus polizeilichen Gründen der Verkehrssicherheit, verbietet der Bürgermeister hiermit ausdrücklich das am 18. und 19. Juni geplante Jugendtreffen.

Das Bundesschießen eines faschistischen Schützenvereins nimmt die Bernauer Behörde zum Anlaß, das Treffen der sporttreibenden Jugend zu verbieten.

Wir protestieren aufs schärfste gegen dieses Verbot und fordern die sofortige Zurücknahme desselben. Rote Jungsportler, organisiert Diskussionen mit den reformistischen und bürgerlichen Jungsportlern über diese ungeheuerliche Maßnahme zum Schutz der faschistischen Schützenverbände.

Die sporttreibende Jugend und besonders die rote Sportlerjugend wird die Antwort erteilen. In Verbindung mit der Antifaschistischen Aktion werden sie die rote Einheitsfront mit der sporttreibenden werktätigen Jugend herstellen. Sie werden mit den Kampfausschüssen der sporttreibenden Jugend, in denen reformistische, bürgerliche und rote Jungsportler gemeinsam kämpfen, in den Betrieben Protestspiele organisieren und dadurch demonstrieren, daß die sporttreibende Jugend nicht gewillt ist, sich als Kanonenfutter für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion mißbrauchen zu lassen.

Ringen und Jiu-Jitsu

Freitag Lichtenberg gegen Nowawes

Am Freitag veranstaltet die rührige Lichtenberger Abteilung einen interessanten Kampfabend, der im Ringen die starke Mannschaft von Nowawes als Gegner sieht, und es ist fraglich, ob die Lichtenberger ihre damalige Niederlage auswetzen können. Im Jiu-Jitsu treten sich die noch immer ungeschlagenen Lichtenberger und die Mannschaft von Concordia gegenüber, so daß es bei dem Ehrgeiz der Mannschaften wie immer zu spannenden Kämpfen kommt. Im Hauptkampf des Abends kämpft Seelenbinder gegen Fridewald und wird wohl auch hier seinen Siegeszug fortsetzen. Beginn des Kampfabends um 20 Uhr im Roten Ring, Lichtenberg, Hauptstraße 2 (am Bahnhof Stralau-Rummelsburg).

Hallo! Wasserfahrer — Faltbootsportler!

Heute Gründungsversammlung einer Faltbootgruppe in Reinickendorf, um 20 Uhr im Restaurant „Letzte Minute", am Bahnhof Schönholz. Wassersportler Reinickendorfs, bekundet euren Willen durch stärkste Propagierung dieser neuen Gruppe.

Sportler, heraus aus der Kirche!

RFC. Borussia 1911 organisiert zum Sonnabend, dem 11. Juni, vormittags 9.30 Uhr, als Antwort auf das Verbot der proletarischen Freidenker einen Massenkirchenaustritt. Die Genossen treffen sich mit Angehörigen, Bekannten und Freunden um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht Berlin-Wedding, Brunnenplatz. **Nachmachen!**

Handballschiedsrichter Osten—Norden

Auf dem Lichtenbergplatz, Bornitzstraße werden sich am Freitag die Handballschiedsrichter der Bezirke Osten und Norden gegenüberstehen. Da fast alle Schiedsrichter bei den Handballern auch gleichzeitig aktive Spieler sind, wird es zu einem interessanten Treffen kommen. Außerdem sind beide Mannschaften fast gleichwertig. Nur die Mannschaft die das bessere Zusammenspiel zeigen wird, wird den Sieg erringen. Die beiden Männermannschaften von Lichtenberg und Pankow 08 werden im Vorspiel ihre Kräfte messen. Beginn 18.30 Uhr. Das Spiel der Schiedsrichter steigt um 19.30 Uhr.

Zur Antifaschistischen Aktion!

Donnerstag, den 9. Juni

Mahlsdorf-Süd, Lokal Hubertus, Köpenicker Straße 101, 19.30 Uhr.
Ledigenheim, Pappelallee 15, um 20 Uhr.

Freitag, den 10. Juni

Lichterfelde-Ost, Hennigs Festsäle, Bahnhofstraße, 20 Uhr.
Thiemanns Festsäle, Reinickendorf-Schönholz, um 19.30 Uhr. Referent: Dr. Neubauer, M. d. R. **SPD.-, Reichsbanner-** und **SAP.-Arbeiter** sind besonders eingeladen.

Pharussaal, Müllerstraße, um 20 Uhr. Thema: „144 kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter seit 1930 von den Nazibanditen ermordet." Es sprechen: Genosse Miller, Zentralvorstand der Roten Hilfe, Genosse Max Sellheim und Frauen der von der SA. ermordeten Arbeiter.

Kliems Festsäle, Hasenheide, um 20 Uhr, Antifaschistische Kundgebung der Roten Hilfe. Referenten: Genosse Miller, Genosse Max Sellheim und Frauen der von der SA. ermordeten Arbeiter.

Erwerbslosenversammlung im Pharussaal

Freitag, den 10. Juni, mittags 2 Uhr, Großer Saal, Müllerstraße 142.

Thema: „Die Nazis die Feinde der Erwerbslosen." Referent: Jendretzky, M. d. Bezirksausschusses der Erwerbslosen.

Erwerbslosenausschuß Nord.

★

Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, in den **Brunnensälen,** Brunnenstraße 15. **Erwerbslosen- und Mieterfragen.**

Der provisorische Erwerbslosenausschuß.

Konferenzen der Berliner Arbeitereltern

Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, im **Weißenseer Gesellschaftshaus,** Elternversammlung aller Weißenseer Schulen.
Freitag, den 10. Juni, 19,30 Uhr, in **Haverlands Festsälen,** Neue Friedrichstraße 35, Ecke Rochstraße.
Referent: Reichstagsabgeordneter Ernst Schneller.
Jede Schule muß vertreten sein!

Wahlausschuß der Liste:
„Einheitsliste der werktätigen Eltern."

Solidaritäts-Kundgebung

Am Sonnabend, dem 11. Juni, große Kundgebung zum Internationalen Solidaritätstag der Internationalen Arbeiterhilfe, in **Schöneweide, Mörners Blumengarten.**

★

IAH.-Versammlung in Moabit

Rußlandbericht des Genossen Erich Lange, am **Freitag, dem 10. Juni,** 20 Uhr, im **Moabiter Gesellschaftshaus,** Wiclefstraße 24. Unkostenbeitrag 10 Pf. **IAH. Moabit.**

Heraus aus der Kirche!

Am **Freitag, dem 10. Juni,** 20 Uhr, findet in **Steglitz** bei Wernicke, Rugenplatz Ecke Berliner Straße, ein Kirchenaustrittsabend statt. Notar ist anwesend. Ausweis mitbringen.

Frauen-Alarm!

Freitag, den 10. Juni, um 19.30 Uhr, in **Bökers Festsälen, Weberstraße,** öffentliche **Frauenversammlung.** Thema: „Hunger, Krieg und Faschismus.

KPD.-Frauengruppe Alexanderplatz.

Rote Fahnen heraus!

Ab Freitag flaggt das werktätige Berlin anläßlich des 12. Juni, des Internationalen Kampf- und Solidaritätstages gegen Hunger, Krieg und Generalsdiktatur.

Sonder-Nachtvorstellung — Film „Kuhle Wampe"

Sonnabend, den 11. Juni, 23.30 Uhr, im **„Luna-Palast", Große Frankfurter Straße 121** und **„Elysium", Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee.**
Einheitspreis auf allen Plätzen 60 Pfennig. — Karten sind bei den Funktionären und in den Speditionen der **„Roten Fahne"** und **„Welt am Abend"** sowie in der Buchhandlung **Karl-Liebknecht-Haus** zu haben.

✶

Sonder-Nachtveranstaltung, Sonnabend, den 11. Juni, 23.15 Uhr, im „Babylon" am Bülowplatz Ernst Schneller spricht. Musik: Fichte-Streichorchester.
Eintrittspreis für Erwerbslose 40 Pf., für Vollarbeiter 70 Pf.

Photographierende Arbeiter

in Pankow-Niederschönhausen werden gebeten, zwecks Gründung einer neuen Gruppe der Arbeiterfotografen ihre Adressen einzusenden an Max Pehl, Niederschönhausen, Idersenngraben 4.

Gesperrte Mitgliedsbücher

Der Genosse Kurt Genz hat sein Mitgliedsbuch verloren. Nr. 564 456. Das Buch ist gesperrt. **UB. Südwest.**

Das Buch auf den Namen Erich Kuhr, Schulstraße 102, ist gesperrt. Buchnummer 3314. **BL.**

Ausschlüsse aus der Partei

Das frühere Parteimitglied Fr. Ida Blickert, Berlin N 113, Schönfließer Straße 15, ist wegen schwerer Parteischädigung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Erwin Oehmke, Immanuelkirchstraße 11, wird hiermit aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Oehmke hat wiederholt Mitglieder der KPD. zu provokatorischen Handlungen zu bewegen versucht und außerdem revolutionäre Arbeiter bei der Polizei denunziert. Wir warnen alle Arbeiterorganisationen vor ihm! **Sekretariat der BL.**

Der Weg der Geistesarbeiter

Die dem Linkskartell der Geistesarbeiter und freien Berufe angeschlossenen Organisationen, zu denen u. a. der Klub der Geistesarbeiter, der Bund prol. Schriftsteller und bild. Künstler, die Masch, Junge Volksbühne, rote Studenten usw. gehören, eröffnet eine Versammlungsreihe mit einer Versammlung am 10. Juni im Schubertsaal um 20 Uhr. Thema: „Die Geistesarbeiter in der Einheitsfront gegen Faschismus." Es sprechen die Dichter Anna Seghers und Johannes R. Becher, der Schriftsteller Rudolf Arnheim, die Sozialkritiker B. v. Brentano und Dr. Hermann Duncker, der Schauspieler Hans Otto, Justizrat Dr. Broh. Eine Diskussion findet statt.

UNSERE TOTEN

Der Genosse Max Schmidt, Schöneberg, Lindenhof, Kolonie Lindenau, Sonnenweg 37, ist am Sonnabend, dem 4. Juni, seinen Verletzungen, die er bei einem Motorradzusammenstoß erlitten hat, erlegen. Genosse Schmidt war ein alter, nie ermüdender Kämpfer, dessen Andenken wir stets in Ehren bewahren werden.

Der Termin der Einäscherung wird noch bekanntgegeben, da die Leiche noch beschlagnahmt ist. **UB. Südwest.**

Internationaler Solidaritätstag der Internationalen Arbeiterhilfe

14 große Kundgebungen am 12. Juni — Beginn nachmittags 3 Uhr

Nord und Nordwest: Karlshof, Spandauer Schiffahrtskanal.
Ost und Zentrum: Schwanenberg; Taverne; Tübecke; Schonert, Stralau.
Nordost: Schloß Weißensee.
Südost: Viktoriagarten; Irmers Festsäle, Treptow.
Neukölln: Platz der Freien Turnerschaft, Dammweg.
Südwest: Hertels Festsäle, Lichterfelde, Zehlendorfer Straße.
Tempelhof: Birkenwäldchen, Tempelhof, Manteuffelstraße.
Spandau: Karlslust, Hakenfelde.
Köpenick: Stadttheater.

Neu! DICKE PARI
DIE 2½ PFENNIG-ZIGARETTE AUS REINEN ORIENT-TABAKEN
Überall zu haben!
4 Stück-Packung 10 Pfg.

Riesenbrand in Amerika

11 Tote — 40 Verletzte

Neuyork, 8. Juni. Der schwere Brand, der gestern in einem sechsstöckigen Miethaus in Cleveland ausbrach, hat nach den letzten Meldungen noch mehr Opfer gefordert, als man anfänglich annahm. Die Feuerwehr, die den ganzen Tag fieberhaft tätig war, konnte aus den Trümmern des zusammengebrochenen Baues 8 Tote und 30 Schwerverletzte bergen.

Das Rettungswerk gestaltete sich äußerst schwierig. Denn die Gasexplosion, die, wie sich jetzt herausstellte, den Brand verursacht hat, ließ die Flammen so hoch auflodern, daß den 200 Hausbewohnern der Rückzug über die Treppen abgeschnitten wurde. Vor den Augen einer vieltausendköpfigen Menge, die dem grausigen Schauspiel zusah, spielten sich erschütternde Szenen ab. Die unglücklichen Hausbewohner drängten sich an den Fenstern zusammen und schrien gellend um Hilfe. In vielen Fällen konnten die Sprungtücher der Feuerwehr Rettung bringen, in anderen aber kam die Wehr zu spät und die von Flammen Bedrohten, die sich durch einen Sprung zu retten versuchten, stürzten mit zerschmetterten Gliedern auf das Pflaster. Der Sachschaden des Feuers, dem das ganze Gebäude bis auf die Grundmauern zum Opfer gefallen ist, wird auf 1¼ Million Dollar geschätzt.

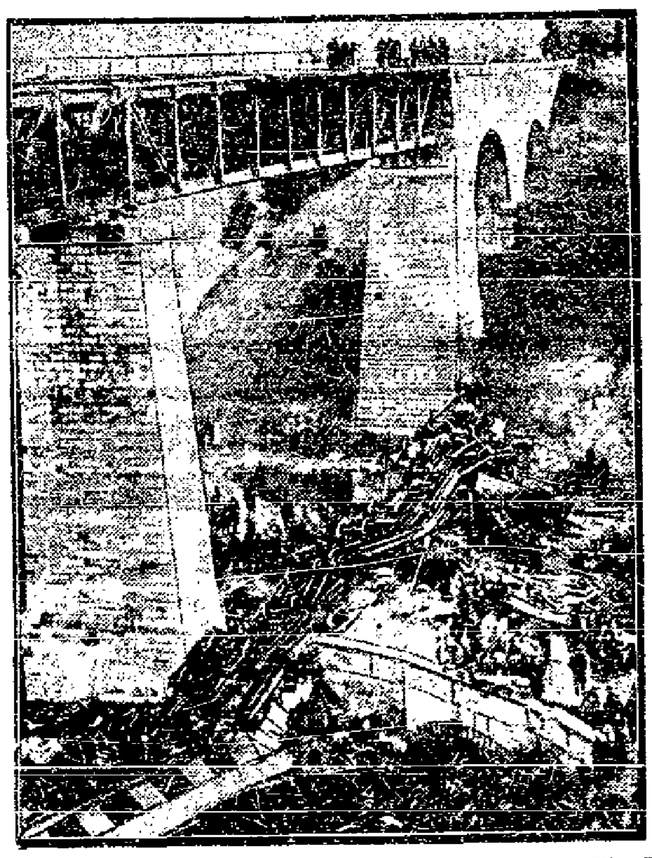
Neuyork, 8. Juni. Die Zahl der Toten des schweren Brandes, der gestern in einem sechsstöckigen Miethaus in Cleveland ausbrach, hat sich auf elf erhöht. 40 Personen sind schwer verletzt, 12 werden noch vermißt.

Die polizeiliche Untersuchung hat mit größter Wahrscheinlichkeit ergeben, daß die Explosion, die zu der Brandkatastrophe führte, in einer im Hause befindlichen geheimen Schnapsbrennerei entstanden ist.

★

Am gleichen Vormittag brach auch in der Brooklyner Linoleumfabrik Ostermann ein Großfeuer aus, das bis jetzt noch nicht gelöscht werden konnte. Die ungeheure Rauchentwicklung dieses Brandes bedrohte die Insassen eines nahegelegenen Krankenhauses und eines Gefängnisses. Da man eine Revolte der Sträflinge befürchtet, hat ein starkes Polizeiaufgebot das Gefängnisgrundstück von der Außenwelt völlig abgeriegelt.

Zum bevorstehenden Matuschka-Prozeß in Wien



Der Schauplatz der Katastrophe von Biatorbagy. — Die Folge von Matuschkas Attentat.

Spiegel der Ereignisse

Die Keuschen

Aus Bilbao (Spanien) kommt die Nachricht, daß die Regierung den Bürgermeister Ladames telegraphisch seines Amtes enthoben hat.

Wir wissen nicht, welcher Parteizugehörigkeit dieser gemaßregelte Bürgermeister ist. Wir wissen aber, daß in Spanien eine sozialdemokratische Koalitionsregierung am Ruder ist.

Weswegen nun hat diese spanische Koalitionsregierung einen Bürgermeister so plötzlich seines Amtes enthoben? Darüber erhalten wir aus dem Telegramm Aufschluß. Der Bürgermeister hat das „Verbrechen" begangen, nackt zu baden.

Es ist das Merkmal — eines der vielen — einer jeden faschistischen Regierung, daß sie besonders auf „Keuschheit" im öffentlichen Leben achtet. Nackt baden! Da sei uns Gott davor! In Spanien bedurfte es erst einer Revolution und einer sozialdemokratischen Koalitionsregierung, bis man der Keuschheit zu ihrem Rechte verhalf und nackte Bürgermeister ihres Amtes enthob.

Für jeden Fall: Bürgermeister, seid vorsichtig und badet womöglich im Pelz, denn man kann nicht wissen — ob eine sozialdemokratische oder eine faschistische Regierung — alle sind sie jetzt auf die Keuschheit eingeschworen.

Die Frommen

In Ungarn hungern Hunderte, Tausende, ja Millionen Arbeitslose. Die Regierung zahlt keine Arbeitslosenunterstützung.

In ganz Ungarn finden unausgesetzt Arbeitslosendemonstrationen statt. Es gärt im Lande. Ein dumpfes, unterirdisches Grollen. Sogar bürgerliche Berichte geben zu, daß die Lage unhaltbar geworden ist, daß eine Revolution unvermeidlich sei.

Ungarn besitzt einen Finanzminister namens Korany. Angesichts der bedrohlichen Lage hat er sich entschlossen, für die Arbeitslosen „etwas zu tun."

Und zwar?

Er hat das „Vaterunser" neu verfaßt und an alle Arbeitslosen per Post ein Exemplar gratis zugehen lassen.

Anstatt Brot zu essen, sollen die Arbeitslosen täglich nach der neuen Melodie des Finanzministers beten: „Unser täglich Brot gib uns heute."

Wahrlich, eine „Lösung des Hungerproblems!"

Das Unglück des Kieler Militärkraftwagens

Drei weitere Todesfälle

TU. Minden (Westfalen), 8. Juni. Wie wir zu dem schweren Autounfall des Militärlastwagens der ersten Marineartillerieabteilung Kiel auf der Strecke von Minden nach Nienburg (Weser) noch weiter erfahren, sind außer dem auf der Unfallstelle tödlich verunglückten Zivilangestellten Dümmler drei weitere Marinesoldaten ihren schweren Verletzungen im Stolzenauer Krankenhaus erlegen. Es handelt sich um die Soldaten Götze, Becker und Turrewitz. Gänzlich verschont von Verletzungen auf dieser Unglücksfahrt sind nur der Oberleutnant Struß, ein Stabsarzt und der Matrose Müller geblieben, die auf dem Führersitz des Wagens saßen. Der Kommandeur des Munsterlagers hat die Unfallstelle besichtigt, um sich über die Ursachen des schweren Unfalls ein Bild machen zu können.

Auto gegen Güterzug

Troppau, 8. Juni. In Karwin ereignete sich gestern ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Güterzug. Der Zusammenstoß hatte furchtbare Folgen. Unter dem zertrümmerten Auto wurden die Gattin des Wagenlenkers Groß und ein Bergmann als Leichen hervorgezogen. Ebenso erlitt die Tochter des Groß so schwere Verletzungen, daß sie kurz nach Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Groß wurde nur leicht verletzt.

Drei Personen ertrunken

TU. Zwickau, 8. Juni. Am Mittwochmittag ereignete sich auf der Mulde ein schwerer Unglücksfall. Ein Boot, in dem drei Arbeiter aus Zwickau mit Vermessungsarbeiten beschäftigt waren, kenterte aus bisher unbekannter Ursache. Die Insassen stürzten ins Wasser und ertranken.

Mit dem Küchenmesser gegen seine Frau

TU. Saarbrücken, 8. Juni. Wie aus Straßburg gemeldet wird, kam es dort zwischen einem Ehepaar zu einem Streit. In voller Wut stürzte sich der Mann mit einem Küchenmesser auf seine Frau und versetzte ihr mehrere gefährliche Stiche in den Kopf. Nach der Tat durchschnitt er sich die Pulsader und stach sich mehrere Male in die Herzgegend. Beide Ehegatten wurden schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht.

In einem anderen Fall stach eine Frau ihren Mann, mit dem sie schon seit längerer Zeit in Streit lebte, mit einem Küchenmesser ins Herz. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Starkes Erdbeben bei Lissabon

(TU.) London, 8. Juni. Die etwa 100 Kilometer von Lissabon entfernte Stadt Benavent wurde am Dienstag von einem starken Erdbeben heimgesucht, das unter der Bevölkerung eine große Panik hervorrief. Der angerichtete Schaden soll beträchtlich sein.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Medizin im „Dritten Reich"

Im gleichen Maße, in dem die Reaktion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in der deutschen Republik an Boden gewinnt, schreitet auch die finsterste Kulturreaktion vorwärts. Die Hemmung eines jeden Fortschrittes in allen Zweigen der Wissenschaft ist nach Marx ja lediglich ein Zeichen dafür, daß eine untergehende Gesellschaftsschicht sich mit den letzten ihr zu Gebote stehenden Mitteln vor der Verbreitung der den Bestand von Staat und Kirche gefährdenden, umstürzlerischen Ideen zu schützen versucht. Dabei ist es nicht einmal notwendig, daß diese reaktionäre Einstellung der gegenwärtig herrschenden Klasse auch immer gleich auf den ersten Blick sichtbar wird. Im Gegenteil: die rückschrittliche Tendenz wird oft in einem derartigen Wust scheinbar fortschrittlicher Phrasen eingehüllt, daß das Ganze dem Leser sogar noch als tatsächlicher Fortschritt erscheint.

Hervorragendes auf dem Gebiet der Gehirnverkleisterung leisten die Nazis, das muß ihnen auch der Neid lassen. So wie sie sich selbst zum Zweck des Dummenfanges als „Sozialisten" bezeichnen, so versuchen sie auch ihr wissenschaftlich-kulturelles Programm (d. h. das, was sie darunter verstehen) mit Schlagworten zu verbrämen. Aber hier wie in dem Gebiet der großen Politik ist es nur zu leicht, sie als Handlanger finsterster Reaktion Metternichscher Prägung zu entlarven.

Der Abbau der gesamten Sozialversicherung, wie er von den Naziärzten gefordert wird, wird von ihnen nach dem Vorbild des Danziger Arztes Dr. Erwin Lieck damit begründet, daß die Krankenversicherung den Willen zur Arbeit hemme, die Unfallversicherung die Aufmerksamkeit bei der Arbeit verringere, die Erwerbslosen- und Invalidenversicherung das Volk zum Lotterleben verleite, weil es ja niemand mehr nötig hätte, zu sparen. Durch alle diese Maßnahmen komme die Nation in Gefahr, zu überaltern, und diese Ueberalterung setze das deutsche Volk allmählich außerstande, seine menschheitsbeglückenden Ideen zu verbreiten. „Am deutschen Wesen soll dereinst die Welt genesen", so heißt es ja schließlich in allen Nazizeitungen und Versammlungen.

Um nun zu verhindern, daß der Geburtenmangel, der sich in der Zeit nach dem Kriege immer fühlbarer bemerkbar gemacht hat, weiteren Umfang annimmt, um zu erreichen, daß Deutschland hinsichtlich seines Geburtenüberschusses von einer der letzten Stellen, an der es jetzt steht, wieder in die Reihe der führenden Nationen eintritt, führen die Naziärzte einen erbitterten Kampf gegen die Verabfolgung und Anwendung von Verhütungsmitteln. Im Interesse des „Volksganzen, eines zahlenmäßig großen wehrhaften Nachwuchses" solle jede deutsche Frau mindestens vier Kinder bis über das 15. Lebensjahr großziehen. Gelingt ihr das nicht, so wird diese im Dritten Reich schon sowieso völlig entrechtete Frau noch weiter degradiert. Drückende Steuern, Entzug der letzten politischen Rechte, Benachteiligung bei der Arbeitsvermittlung, ja Einweisung zur Zwangsarbeit ins Arbeitshaus sollen dann das erwerbslose Ehepaar von der Notwendigkeit überzeugen, dem Dritten Reich Kanonen- und Maschinenfutter zu gebären.

Es ist nun nicht etwa so, daß diese Forderungen lediglich von den Naziärzten und „Wissenschaftlern" erhoben werden. In dasselbe Horn blasen die „Forscher" aller politischen Schattierungen bis herab zu den Sozialdemokraten, deren inzwischen verstorbener Professor für soziale Hygiene an der Berliner Universität Grotjahn, Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, hat für die Nazis den Boden gut vorbereitet. War er es doch, der als erster die Forderung nach einer „Elternschaftsversicherung" aufstellte und dabei aus Gründen der Erhaltung des deutschen Volkes von jedem Ehepaar mindestens drei Kinder forderte. Grotjahn war es auch, der sich entschieden für die Beibehaltung des Paragraphen 218, wenn auch in etwas gemilderter Form, aussprach und so den Nazis, die Todes- und Zuchthausstrafen für „Verbrechen gegen das keimende Leben" fordern, ein leuchtendes Vorbild wurde.

Sein Nachfolger im Lehramt der Berliner Universität, der sozialdemokratische Professor Dr. Chajes, bisher Stadtarzt in Berlin, benutzte seine Antrittsvorlesung dazu, den Zweck seines Lehrauftrages als Professor für soziale Hygiene folgendermaßen zu erklären: Aufgabe dieses Teils der medizinischen Wissenschaft und Forschung sei es, den Behörden im Reich und in den Ländern Anhaltspunkte dafür zu geben, wo sie heute noch an Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen Ersparnisse machen könnten.

Die Kulturreaktion macht sich auf allen Gebieten immer breiter und wird in ihrer finsteren Tätigkeit von allen politischen Parteien unterstützt. Der großen Gefahr, die ihr aus dieser geschlossenen Front im Vernichtungskampf jeden Fortschrittes, jeden kulturellen Aufbaues erwächst, kann sich die Arbeiterschaft, kann sich die werktätige Bevölkerung nur durch die Bildung einer geschlossenen roten Einheitsfront erwehren.

Dr. Swienty.

Laubenbau

Baumaterialien
Bauhölzer, Latten, Dachpappe. Holzhandlung Basch, NO 55, Hohenschönhausener Str. 98, Nähe Weißenseer Weg.

Lebensmittel

Sämtliche Lebensmittel und Wirtschaftsartikel empfiehlt unter Chif. Falkensee 26

Roßschlächterei
Empfehle mein prima Roßfleisch und Wurstwaren Labeth, Hennigsdorfer Straße 15.

Möbel

Verliehen gewesene
Möbel unter Preis. Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner Str.)

Radio

Radio
Sprechmaschinen, Netzanschlußanlage, komplett mit Röhren, Lautsprecher, anschlußfertig 46.—. Lautsprecher 4.75, 7.50 vierpolig 13.—, 18.—, 22.—. System 4.75, 6.50. Elektrodosen 3.50, 5.50. Anoden 100 Volt 3.25, 4.40, 4.95. Netzanoden 13.— Bastlermaterial, Sprechmaschinen, Kofferapparate 9.—, 12.—, 15.—. Schrankapparate 28.—, 32.—, 45.—, 10 000 Werke, 3.—, 4.—, 5.— sowie alles Zubehör billig. Machnow Weinmeisterstraße 14 u. Charlottenburg, Kantstraße 93.

Fahrräder

Gebrauchte
Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Fabrikneue
Fahrräder 28.—, 33.—, 35.—, 40.—, 45.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14

Ballonräder
Fabrikneu 34, dann mit Freilauf u. Rücktrittbremse jetzt 42.—, 45.—, 55.—. Ballonräder Marke Brennabor 70.—, Ballonräder Marke Stern 68.—, 75.—, Arcona jetzt 95.— Machnow, Weinmeisterstraße 14 Größtes Fahrradhaus Deutschlands

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Die goldene Uhr

Nähmaschinen
Große Auswahl, St. 85.— an, in Kundschaften u. Zentralbodenl 45.—. Machnow Weinmeisterstr. 14

PLAZA
Alte Schles. Str. Tel. 615, Kipe. 2, 5, 6, 7, 8
E 7 Walchr. 4031
Die Fledermaus

Maßanfertigung Reparaturen
chem. reinig. billigst Schneiderei d. Ostens Jaumestraße 17

Holz und Kohlen
ERICH ZIEBARTH
Kohnsdorf Telephonstelle 6—8

Tödliches Autounglück an der Heerstraße

An der Stößensee-Brücke an der Heerstraße ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Autounglück, als ein Berliner Wagen, der mit vier Personen besetzt war, einen großen Heuwagen überholen wollte. Ein aus der entgegengesetzten Richtung in schneller Fahrt nahendes Auto veranlaßte den Berliner Wagen zu einem scharfen Ausweichen, wobei dieser ins Schleudern geriet, die Böschung hinabsauste und sich dabei überschlug. Die Opfer dieses schweren Unglücks sind ein Toter und drei Schwerverletzte.

Betriebsversammlung der Fabrik und Werkstatt Leiser

Heute nach Arbeitsschluß im Lokal Blaffert, Weberstraße 24a.

Tagesordnung: Der Tarifvertrag für die Schuharbeiter ist gekündigt. — Was ist zu tun?

Achtung, Putzer im Baugewerksbund!

Alle Kollegen müssen an der Fachgruppenversammlung heute 17 Uhr in Kliems Festsälen, Hasenheide 15, teilnehmen.

Hungernde Kinder

der Erwerbslosen erwarten Solidarität!
Werktätige in den Vorortbezirken Berlins!
Meldet sofort Pflegestellen an IAH., Stallschreiberstraße 5.
Unterstützt das Kinderhilfswerk der IAH.

Sozialpolitische und Rechtsauskunft

Die Aris (Arbeitsgem. sozialp. Org.) erteilt kostenlose Auskunft in allen sozialpolitischen und juristischen Fragen. Rechtsanwalt anwesend. Charlottenburg: Dienstags und Donnerstags, 18 bis 20 Uhr, Zippel, Grünstr. 9/10. Moabit: Dienstags und Freitags, 18 bis 20 Uhr: Wilhelmshavener Straße 51. Aris Nordwest.

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Hausfrauen

Butter und Kaffee von Göbel
weil die Qualitäten besser und die Preise billiger sind 45536
Butterhandlung Wilhelm Göbel
54 eigene Geschäfte in Groß-Berlin

Schütze Deine Familie
durch Beitritt zum
Deutschen Herold
Seine Kinderversicherung
sichert dem Sohne die Kosten der Berufsausbildung, der Tochter die Kosten der Brautausstattung.
Seine Lebensversicherung
sichert den Eltern einen sorgenfreien Lebensabend.
Seine Begräbnisversicherung
enthebt die Hinterbliebenen von den für die Bestattungsausführung notwendigen Besorgungen und sichert eine würdige Bestattung oder auf Wunsch Barleistung.
Niedrige Prämien, loyale Aufnahmebedingungen und doch größte Sicherheit der Leistungen.
Zahl der Versicherten über 1 Million 500 000
Im Jahre 1930
haben wir 7 Millionen 200 000 Reichsmark
für unsere Versicherten ausgezahlt.
Verlangen Sie kostenlose, unverbindliche Auskunft Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und in allen Städten Deutschlands.
Deutscher Herold
Volks- und Lebensversicherungs-AG.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 219/220
Fernruf: F 5 Bergmann 9200—9219
Tüchtige Mitarbeiter, auch nebenberuflich, werden gesucht
45269

Butter-Hoffmann
45708 130 Filialen in allen Stadtteilen

Reserviert!
43582

45301 **„NORDSEE"**
Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven A. G.
Brunnenstr. 62, Reinickendorfer Str. 47, Huttenstr. 3, Schmargendorf: Berkaer Str. 4 Charlottenburg: Reichsstr. 99, Wilmersdorf: Berliner Str. 39
Frische Fische, Räucherwaren, Fischwaren

VOLKSBROT
schmackhaft und bekömmlich
1250 gr nur 43 Pf.
in allen einschlägigen Geschäften erhältlich
WITTLER BROTFABRIKEN N 65
15906

Butter-Nordstern
billig und gut
44889

OEL BARK SPEISEÖLE
13825

Clärchens Ballhaus
45591 Auguststraße 24
Täglich großer Witwenball

Verlangen Sie nicht Rasierklingen, verlangen Sie ROTBART MONDEXTRA
44004

Was sagt der Bär?
Josetti JUNO
BERLIN RAUCHT JUNO
11136

Butter, Margarine, Käse
Wurstwaren, Konserven
Eier usw.
August Holtz G.m.b.H.
Filialen in allen Stadtteilen
Seit 50 Jahren Qualitätswaren zu niedrigsten Preisen!
44801

Kurbad Ostend Bokingener Str. 17 F. Warschauer Str.
Bäder jetzt Lefer. d. Krankenkassen
17824

Das gute Mathis-Brot
Brot-Fabrik Gustav Mathis
NW 87, Waldstraße 4 — Tel.: Moabit 5333
Erstklassiges Landbrot — Vitamin-Kraft-Brot — Backwaren
45273

Max Giesen
Turmstr. 42
DAS KAUFHAUS DER WERKTÄTIGEN BEVÖLKERUNG
43586

Karl F. Schmidt & Sohn
Weingroßhandlung / Beusselquelle
Likörfabrik Siemensquelle
Beusselstraße 44, Schultheißquelle
43583

Thiele-Brot
Verkaufsstellen im Laden Beusselstraße 36 und in allen durch Plakatanschlag erkenntlich gemachten Milch- und Vorkostgeschäften der Stadtteile Moabit, Charlottenburg, Wedding und Gesundbrunnen 43581

Max Tackmann, Sidingenstr. 1
ff. Fleisch- und Wurstwaren
43783

LEIHHAUS BARTSCH, Beusselstr. 45
Höchste Beleihung (Fahrräder)
44414 Gelegenheitskäufe aller Art

Mariendorf

Gerhard Schröder
Chausseestraße 294
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte, Drahtgeflechte, Gartengeräte. Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft
45387

Ernst Vogt
Rostocker Straße 52
ff. Fleisch- und Wurstwaren
43782

Spandau

Passage-Leihbücherei
Potsdamer Straße 31-32
45402 Zweigstelle: Jägerstraße 5
Verleiht jedes Buch ohne Pfand

Schöneberg

Kaufhaus W. Joseph
Schöneberg, Hauptstr. 163
45530

Groß-Berlin

Optiker Läckemäcker
Schönhauser Allee 136
Lieferant aller Krankenkassen und der Wohlfahrt 44880

Fetzer
Feikenheuer & Golze
Kolonialwaren — Butter
Kaffee — Weine — Liköre
Berlin N — Pankow
Niederschönhausen
43816

EM-EK-CO KAFFEE
Max Müller & Co.
Aktiengesellschaft
Müllerstraße 167 und 128
Brunnenstraße 117
Reinickendorfer Straße 14
Neue Schönhauser Str. 3
Gerichtstr 73, Beusselstr. 64
Bellermannstraße 20
44902

Bandagist Lange
44887
Brunnenstr. 166
Lieferant sämtlich. Krankenkassen

Hausfrauen, Eure Fleisch- und Wurstwaren kauft bei Paul Prenzel Wattstraße 6
43988

SWINEMÜNDER GESELLSCHAFTSHAUS 44431
Swinemünder Str. 42

Rosenthaler Molkerei
Richard Freitag, Schlemannstraße 7
44386

44388 Kauft eure Backwaren bei Bruno SCHWARZ, Lychener Str. 17

Foto Radio Hühns
Chausseestr. 88 u. Fennstr. 33 ist unsere Einkaufsquelle
44905

Obst, Gemüse, A. Stiene
44875 Lortzingstraße 2 und 39

Kaufhaus Blumenfeld
Kastanienallee 94, Schönhauser Allee 91
44884

Rind- und Schweinefleisch
Hugo Rachfahl
Wollankstr. 101, Mendelstr. 44
43819

Herren- und Damen-Frisiersalon
Helmut Heinze
Gleimstr. 38
44432

Witt Geffe, Wurstwaren, Aufschnitt
Reinickendorfer Str. 95
43814 Weddinghalle, Stand 19-20

Bäckerei E. Herberg
43990 Mauterstraße 24

Zentrum

Restaurant Münzhof
Münzstraße 24, Ecke Dragonerstraße
Stimmung Humor 44631
Warme Küche, gutgepflegte Biere. — Ab 12 Uhr Konzert

Butterhandlung
zu den drei Sternen
Filialen in allen Stadtteilen
43907

Rind- und Schweineschlächterei
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Roggatz
Prenzlauer Straße 4
44862

Südosten

Carl Unte, Naunynstraße 17
44868 Fleisch- und Wurstwaren

Rind- und Schweineschlächterei
Wilhelm Lemke, Waldemarstr. 76
44910

Richard Walter
Oppelner Straße 12
Rind- und Schweinemetzgerei
44863

Osten

WÄSCHEREI „BLAUWEISS"
Herren-Oberhemd von 50 Pf. an
Herren-Taghemd von 25 Pf. an
Herrenkragen, 2 Stck. von 25 Pf. an
Damenwäsche, Unterröcke, Damenhemden von 25 Pf. an. Koppenstr. 85
43820

Genossen, kauft bei M. Zerbe
Zigarren
Zigaretten
Tabak 43574
Lange Straße 23

Seifenhaus
M. Häger
Am Ostbahnhof 5
43826

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Padur, Weidenweg 74
44865

Nordosten

Lenz & Jagmann
Lebensmittel-Geschäfte im Nordosten u. Norden
43662

Natalie Richter, Liebigstraße 35
Sämtliche Lebensmittel
14911

Tegel

43588 Otto Staschke
Eisenwaren und Gartengeräte
Berliner Straße 98 und 12

Werktätige, kauft Mehl, Konserven **OSFRIED-KAFFEE**
frisch u. billig, ½ Pfd. 0,90, 0,95, 1,20, 1,40 Mark in den
Friedrichsohn-Filialen
Neue Königstraße 71
Landsberger Str. 87
Prenzlauer Allee 50
Prenzlauer Allee 177
Landsberger Allee 145
Thaerstraße 50
Alte Schönhauser Straße
Schönwalder Straße 30
44376

Reserviert

Bernau

Geflügelfutter / Sämereien
45342 Walter Seeger, Brüderstr. 105

Eisen-Hoffmann
Eisenwaren Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte
45339
Berliner Str. 123, Fernsprecher 189

Thams & Garfs, Königstr. 242
Lebensmittel, Kaffee, Konserven
45336 Konfitüren

Richard Schenk, Molkerei
45340 Brüderstr. 88

Nordwesten

Rind- und Schweineschlächterei
Emil Schauer, Huttenstraße 70
44012

Bäckerei u. Konditorei 44859
Georg Müller, Gotzkowskystr. 7

Bernhard Hanisch
44010 Fleischermeister
Beusselstraße 55 a
empfiehlt seine stets frischen
Fleisch- und Wurstwaren

Bäckerei und Konditorei
Kaffeestube
Paul Zastrow, Stromstr. 33
43784

Farben, Lacke, Tapeten
Franz Jahnke, Beusselstr. 6
43585

Joh. Luebke, Rostocker Str. 43
ff. Fleisch- und Wurstwaren
43778

Spezial-Modewarenhaus
Bernhard Fliegel
43781 Turmstraße 38

Reserviert

Bäckerei und Konditorei
Paul Stange, Putbusser Str. 46
43995

Obst, Gemüse, Konserven
Kartoffeln — Heringe
Wilhelm Schulz, Ackerstr. 120
43908